



Soziale Auswirkungen von Corona

– Blickpunkt Nordrhein-Westfalen –

Soziale Auswirkungen von Corona – Blickpunkt Nordrhein-Westfalen –

Zusammenfassung der Ergebnisse

1. Einleitung
2. Arbeitsmarkt, Erwerbsbeteiligung und private Haushalte
 - 2.1 Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage in Nordrhein-Westfalen
 - 2.2 Erwerbsbeteiligung und soziale Lage der privaten Haushalte
3. Familie und Wohnsituation
4. Gesundheitliche Aspekte von Corona, Lockdown und Kontaktverboten
 - 4.1 Gesundheit von Kindern und Jugendlichen
 - 4.2 Gesundheit von Erwachsenen unterschiedlicher Altersgruppen
5. Fazit

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt waren in verschiedenen Wirtschaftszweigen von unterschiedlicher Intensität. Deutliche Effekte zeigten sich im verarbeitenden Gewerbe mit Auswirkungen auf zahlreiche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgrund seiner hohen Bedeutung für die Beschäftigung. So war die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe im Dezember 2020 um knapp 45 000 geringer als im Vorjahr. Ebenso wies dieser Wirtschaftszweig 2020 die höchste Zahl an Kurzarbeitenden auf und einen deutlichen Rückgang bei der geringfügigen Beschäftigung.

Das Gastgewerbe hatte als einzelne Branche sogar noch größere relative Rückgänge sowohl bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung (Dezember 2020 –11,2 % gegenüber dem Vorjahr) als auch bei der geringfügigen Beschäftigung (Dezember 2020 –50,1 % gegenüber dem Vorjahr). Da dieser Wirtschaftszweig insgesamt deutlich kleiner ist als das verarbeitende Gewerbe, waren davon absolut aber weniger Beschäftigungsverhältnisse betroffen.

Das Instrument der Kurzarbeit hat dazu geführt, dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu einem großen Teil erhalten werden konnten. Deutlicher betroffen waren hingegen geringfügige Beschäftigungsverhältnisse. Mit den geringfügig beschäftigten Personen ist hier eine Personengruppe besonders betroffen, die ein hohes Armutsrisiko trägt.

Auch ist die Zahl der jungen Menschen in Ausbildung zurückgegangen. Im Jahr 2020 wurden in Nordrhein-Westfalen 10,4 % weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen als im Vorjahr und auch die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger nahm um 5,4 % ab. Dies birgt noch nicht abschließend einschätzbare soziale Risiken, da Qualifikation ein wichtiger Faktor zur Reduzierung von Armutsrisiken ist.

Aufgrund von Schulschließungen waren Familien während der Lockdowns vor neue Herausforderungen bei der Betreuung von Kindern gestellt. Dabei haben Eltern im Homeoffice häufig die Betreuung während der Arbeitszeit wahrgenommen oder ihre Arbeitszeit im Tagesablauf verschoben. In einer Befragung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) gaben in Nordrhein-Westfalen von den Befragten, die zumindest einen Teil ihrer Arbeitszeit im Homeoffice leisteten, in der 1. Befragungswelle 72,5 % an, dass sie ihre Kinder während der Arbeitszeit betreuen, gegenüber 21,0 % derer, die nicht im Homeoffice arbeiteten. Daneben wurde die Betreuung häufiger durch Großeltern übernommen.

Insgesamt trugen während des ersten Lockdowns Frauen die Hauptlast bei der Kinderbetreuung. Außerdem stieg die für Betreuung aufgewandte Zeit bei Frauen stärker an als bei den Männern. Der erhöhte Zeitaufwand für die Kinderbetreuung sowie die Einschränkungen, die mit den Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie einhergehen, wirken sich auch auf die Gefühlslage der Eltern aus. Fühlten sich zuvor nur jeder zwanzigste Elternteil durch Kinderbetreuungspflichten müde und erschöpft (5,4 %), stieg dieser Anteil im Frühjahr 2020 auf 37,1 % der Frauen und 26,1 % der Männer. Durch die eigenen Elternpflichten gefangen fühlten sich 43,7 % der Frauen und 19,2 % der Männer.

Durch die Verlagerung größerer Teile des persönlichen Lebens in die eigene Wohnung spielt auch die Wohnsituation eine bedeutende Rolle. Die Zufriedenheit mit den eigenen Wohnverhältnissen nahm insbesondere in kleinen, überbelegten Wohnungen während des Lockdowns ab. Waren in einer ersten Befragungswelle noch über 50 % der Befragten in überbelegten Wohnungen „eher zufrieden“ oder positiver eingestellt, waren es in der zweiten Befragungswelle nur noch etwa 45 %. Zudem stieg der Anteil an eher unzufriedenen Personen von 5,1 % auf 32,7 % deutlich. Insgesamt waren 44,3 % der Befragten in überbelegten Wohnungen unzufrieden.

Das ifo-Institut hat in einer Unternehmensbefragung ermittelt, dass bereits vor der Coronakrise 74 % der Beschäftigten in großen Unternehmen (>500 Beschäftigte) regelmäßig im Homeoffice tätig waren, während in kleinen Unternehmen der Anteil bei 42 % lag. Für die Zustimmung zum Homeoffice spielt auch die Wohnungssituation eine Rolle. Ist genügend Wohnraum vorhanden für ein eigenes Arbeitszimmer und verfügt der Haushalt über Balkon oder Garten, stieg die Zufriedenheit im Homeoffice.

Kinder, Jugendliche und Eltern zählen zu den psychisch besonders gefährdeten Personen in der Coronapandemie. Kontaktbeschränkungen, Schließungen von Schulen und Einrichtungen

der Kindertagesbetreuung sowie soziale und körperliche Distanzierung stellen für sie besondere Belastungen dar. Nach der CoPsy-Studie am Universitätsklinikum Hamburg Eppendorf nahmen Sorgen und Ängste, depressive Symptome und psychosomatische Beschwerden bei Kindern und Jugendlichen von 11 bis 18 Jahren zu. Den Forschenden zufolge waren vor allem Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Verhältnissen oder mit Migrationshintergrund betroffen (UKE 2021).

Auch zeigen Studien, dass die Zeit, die Kinder und Jugendliche mit körperlicher Aktivität verbringen, während des Lockdowns zurückgegangen war, die Bildschirmzeit hingegen anstieg.

Außerdem stellte eine Studie der Universität Bielefeld im Auftrag der DAK-Gesundheit fest, dass während des ersten Lockdowns die Behandlung von Kindern und Jugendlichen in Krankenhäusern um 41 % zurückgegangen ist. Dies gilt auch für Diagnosen, bei denen ein Rückgang nicht zu erwarten ist, wie zum Beispiel Diabetes Typ 1-Erkrankungen. Die Ursachen für die Abnahme sind nicht abschließend geklärt. Möglicherweise wurden Behandlungen von nicht vital bedrohlichen Erkrankungen zeitlich verschoben.

Krankenkassendaten der AOK Rheinland/Hamburg zeigen, dass mit Arbeitslosigkeit ein erhöhtes Risiko für einen Covid-19 bedingten Krankenhausaufenthalt für Menschen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland einhergeht. Nach der Studie besteht ein um 1,29-mal höheres Risiko für einen Covid-19 bedingten Krankenhausaufenthalt für Arbeitslose im Arbeitslosengeld I-Bezug und ein um 1,94-mal höheres Risiko für Langzeitarbeitslose im Arbeitslosengeld II-Bezug gegenüber Erwerbstätigen (Wahrendorf u. a. 2021).

Vorübergehend gab es im Jahr 2020 eine starke Abnahme bei der Inanspruchnahme der allgemein- und fachärztlichen Leistungen. Die medizinische Grundversorgung wurde die gesamte Zeit aufrechterhalten, gleichwohl hat die Bevölkerung offenbar verstärkt auf die Inanspruchnahme ambulant ärztlicher Leistungen verzichtet. Auch konnte in Deutschland insgesamt ein Rückgang bei der Inanspruchnahme der Krankenhausversorgung festgestellt werden.

Die psychosozialen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Bevölkerung sind in der NAKO-Studie veröffentlicht worden (Berger u. a. 2021). Fast 80 % der Teilnehmenden gaben im Mai 2020 ein Gefühl „des Fehlens der Gesellschaft anderer“ an und 34,9 % fühlten sich „sozial isoliert“. Demnach stieg die Einsamkeit in der Coronapandemie bei Menschen im mittleren und höheren Erwachsenenalter gleichermaßen deutlich.

Digitale Technologien bieten dabei das Potential, unter Einhaltung der Kontaktbeschränkungen den Alltag digital zu organisieren und soziale Kontakte zu pflegen. Bei einer Kurzbefragung des deutschen Alterssurvey gab ein Fünftel der Befragten mit Internetzugang an, seit Pandemiebeginn das Internet häufiger zu nutzen.

1. Einleitung

Nach dem Auftreten des Coronavirus in Deutschland wurden im Jahr 2020 bundesweit umfangreiche Maßnahmen ergriffen, um die Verbreitung einer Infektion mit dem Virus einzudämmen. Dies hatte für viele gesellschaftliche Bereiche teils weitreichende Folgen. Zeitweise waren Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen geschlossen, Vereine und Kultureinrichtungen mussten ihre Angebote reduzieren oder einstellen und verschiedene Wirtschaftsbereiche waren vorübergehend eingeschränkt. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche sozialen Konsequenzen daraus erwachsen.

Die vorliegende Kurzanalyse beschäftigt sich mit den sozialen Folgen von Corona, genauer gesagt mit den sozialen Nebenwirkungen der Maßnahmen zur Eindämmung von Corona. Anhand von verschiedenen Datenquellen werden Hinweise darauf gesucht, wie sich die soziale Lage von Personen, Familien bzw. Haushalten gegenüber dem Zeitraum vor März 2020 verändert hat sowie ob und inwieweit sozial vulnerable Personengruppen besonders betroffen sind.

Die Datenlage, die innerhalb dieses Themenspektrums verwendet wird, ist sehr uneinheitlich, da teilweise nur Daten auf der Bundesebene vorliegen und somit nicht durchgehend auf Nordrhein-Westfalen Bezug genommen werden kann. Um einen Überblick über verschiedene Bereiche zu ermöglichen, wird an mehreren Stellen der Kurzanalyse auf Daten mit Stand 2020 zurückgegriffen. Daneben werden teilweise aber auch aktuelle Daten für das Jahr 2021 mit herangezogen. Für Vergleichszwecke und für erklärende Hinweise auf grundsätzliche sozialstrukturelle Rahmenbedingungen werden auch Vor-Corona-Erkenntnisse aus dem Sozialbericht NRW 2020 oder der Forschungsliteratur referiert.

Die Kurzanalyse befasst sich zunächst mit der Erwerbssituation in einem von Lockdowns begleiteten Jahr. Eine Analyse der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftslage in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2020 betrachtet dabei auch, wie sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die Kurzarbeit, die geringfügige Beschäftigung und die Ausbildungssituation entwickelt haben. In diesem Zusammenhang wird abschließend beleuchtet, für welche Gruppen sich aus diesen Entwicklungen Konsequenzen für ihr Einkommen ergaben.

In einem weiteren Abschnitt wird auf Familien und deren Wohnsituation eingegangen. Das Jahr 2020 und der Beginn des Jahres 2021 waren für viele Menschen von der Arbeit im Homeoffice und für Eltern zusätzlich von der häuslichen Beschulung ihrer Kinder geprägt. Was dies für die Haushalte bedeutet, wird mittels Erkenntnissen aus der Fachliteratur und Auswertungen einer Befragung des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) analysiert.

Anschließend werden gesundheitliche Aspekte von Corona, Lockdowns und Kontaktverboten thematisiert. Neben der psychischen Belastung, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, geht es dabei auch um die Teilhabe an der Gesundheitsversorgung unter Lockdownbedingungen. Ebenfalls werden die gesundheitliche Situation erwachsener Menschen sowie Befunde

der AOK betrachtet, welche ein erhöhtes Risiko eines Covid-19-bedingten Krankenhaus-aufenthaltes von arbeitslosen Personen im ersten Halbjahr 2020 darlegen.

Abschließend werden einige zentrale Befunde zusammengefasst.

Exkurs zu den eingesetzten Maßnahmen gegen die Ausbreitung von Corona

Zunächst werden die eingesetzten Maßnahmen gegen die Ausbreitung von Corona, mit denen Bereiche des öffentlichen, privaten und wirtschaftlichen Lebens eingeschränkt wurden, kurz dargestellt. Dabei werden die grundlegendsten – zumeist deutschlandweiten – Maßnahmen in den Fokus gestellt. Einzelne regionale Unterschiede werden im Rahmen dieses allgemeinen Überblicks nicht berücksichtigt.

Um auf die steigende Zahl der Covid-19-Infektionen zu reagieren, trat in Deutschland im Verlauf der 12. Kalenderwoche 2020 (16. bis 22. März) der erste Lockdown in Kraft. Bereits ab dem 16. März 2020 schlossen Schulen und Kindertagesstätten. Ab dem 22. März 2020 galten dann Kontaktverbote, mit denen die Schließung der meisten Geschäfte und personennaher Dienstleistungen sowie die Absage von Veranstaltungen und Gottesdiensten verbunden waren. Geschäfte zur Deckung des täglichen Bedarfs hatten weiterhin geöffnet. Ab dem 6. Mai 2020 wurden die Maßnahmen gelockert, so dass im Laufe des Monats Geschäfte und Gastronomie unter Auflagen wieder öffnen konnten.

Ab Anfang November 2020 galt ein sogenannter „Lockdown light“, durch den strengere Kontaktbeschränkungen in Kraft traten. Die Gastronomie sowie viele Dienstleistungs- und Kulturbetriebe waren wieder geschlossen. Zudem wurden die Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben eingeschränkt. Ab dem 16. Dezember 2020 trat der zweite Lockdown in Deutschland in Kraft, welcher zweimal verlängert wurde. Grundsätzlich blieb dieser bis zum 28. März 2021 bestehen, im Verlauf des März 2021 traten schrittweise erste Lockerungen in Kraft.

Vom 23. April bis Ende Juni 2021 galten in Abhängigkeit von der jeweiligen Sieben-Tage-Inzidenz in Städten und Landkreisen weitgehende Kontaktbeschränkungen und weitere Maßnahmen. Im Sommer 2021 entspannte sich die Situation in vielen öffentlichen und wirtschaftlichen Bereichen schrittweise. Seit dem 23. August 2021 gilt bundesweit die sogenannte „3G-Regel“. Danach dürfen in öffentlichen Innenräumen Personen zusammentreffen, die geimpft, genesen oder getestet sind.

2. Arbeitsmarkt, Erwerbsbeteiligung und private Haushalte

2.1 Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage in Nordrhein-Westfalen

Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Jahr 2020

Soziale Folgen, die durch die Coronapandemie bedingt waren, zeigten sich bei der Beschäftigungssituation am Arbeitsmarkt und den damit verbundenen Einkommensverhältnissen. Insgesamt gab es im Jahr 2020 rund 7 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Nordrhein-Westfalen. Während im März 2020 die Zahl noch um gut 92 000 höher lag als im März des Vorjahres (+1,3 %), waren es im September 2020 gegenüber dem Vorjahr knapp 18 000 Beschäftigte weniger (–0,3 %). Dieser Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung kann insgesamt als moderat angesehen werden. Dahinter verbergen sich aber in einzelnen Wirtschaftszweigen und auch regional deutliche Unterschiede. Die regionalen Unterschiede im Jahr 2020 lassen sich zu einem großen Teil aus der Struktur der Wirtschaft erklären, wie im Folgenden aufgezeigt wird.

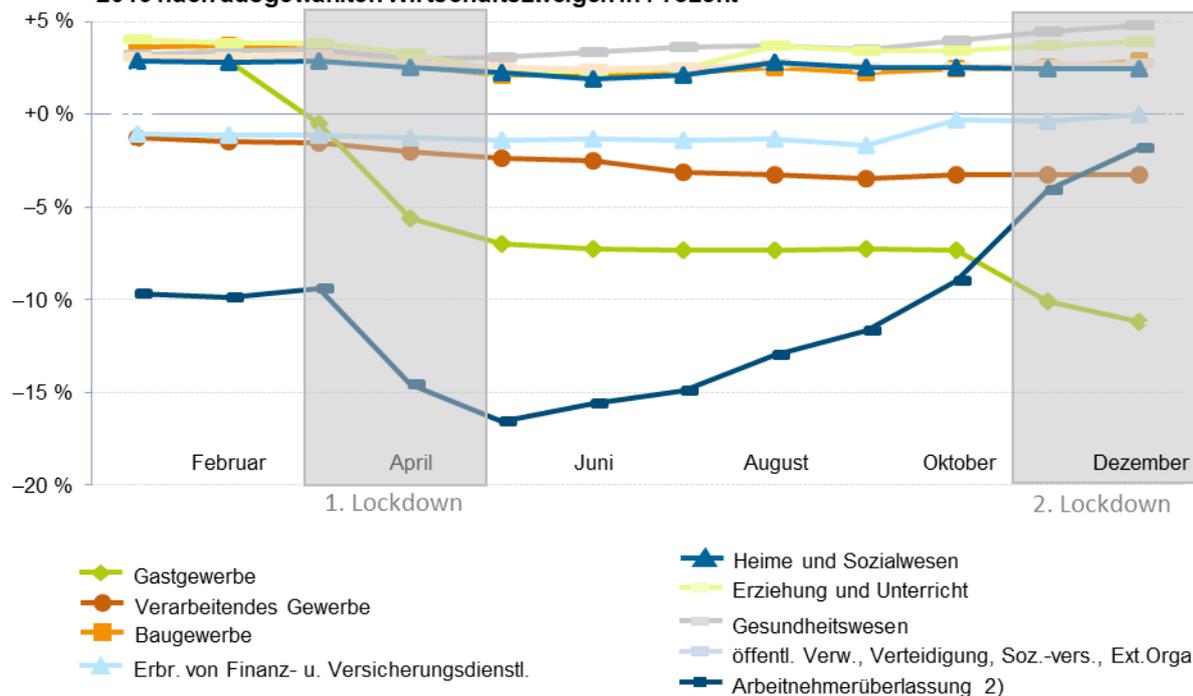
Die größten Beschäftigungsanteile entfallen in Nordrhein-Westfalen, wie auch im Bundesdurchschnitt, auf das verarbeitende Gewerbe (2020: 19,2 %; Deutschland: 20,5 %) sowie auf Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen (14,3 %; Deutschland: 13,5 %). Dem gegenüber weist Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu den übrigen Bundesländern einzelne Wirtschaftszweige mit etwas überdurchschnittlichen Beschäftigtenanteilen auf: Immobilien, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen (8,0 %), Arbeitnehmerüberlassungen (2,3 %), Heime und Sozialwesen (8,4 %) sowie Gesundheitswesen (8,2 %).

In Kombination mit der Betrachtung der Veränderungsraten der Beschäftigten je Wirtschaftsbereich im Jahr 2020 in Nordrhein-Westfalen lässt sich die Betroffenheit der Arbeitnehmergruppen genauer eingrenzen (Abbildung 1). Dabei wiesen insbesondere die Arbeitnehmerüberlassungen und das Gastgewerbe in dem Zeitraum des ersten Lockdowns zwischen März und April 2020 im Vergleich zum Vorjahr jeweils deutlich niedrigere Bestände an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus. Für den Wirtschaftszweig der Arbeitnehmerüberlassungen zeigte sich darüber hinaus, dass sich die Arbeitsmarktperspektiven über den Zeitraum nach dem ersten Lockdown und auch während des zweiten Schließungszeitraums hindurch schrittweise verbesserten und sich der Abstand zur Beschäftigtenzahl des Vorjahres sukzessive verkleinerte. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Gastgewerbe blieb dagegen nach dem ersten Lockdown über das weitere Jahr 2020 weitgehend auf einem gegenüber 2019 deutlich reduzierten Niveau.¹ Während des zweiten Lockdowns im November

¹ Im Gastgewerbe ist auch ein Teil der Tourismusbranche erfasst. Die Tourismusbranche als Ganzes wird nicht gesondert ausgewiesen, weil sie sich über mehrere Abschnitte der Wirtschaftszweigsystematik erstreckt und dort jeweils nur einen Teil der Gliederung ausmacht. So finden sich z. B. Reisebüros und Reiseveranstalter im Abschnitt „N: Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienst-

und Dezember 2020 verringerte sich die Zahl der Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahr für diesen Wirtschaftsbereich erneut deutlich.

Abb. 1 Monatliche Veränderungsraten der Sozialversicherungsbeschäftigten in NRW 2020 gegenüber 2019 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit
Tabellen, Beschäftigungsstatistik, Nürnberg, Januar 2019 bis Dezember 2020; Eigene Berechnungen

Grafik: IT.NRW

Da das verarbeitende Gewerbe den größten Beschäftigungssektor darstellt, haben Beschäftigungsrückgänge in diesem Wirtschaftszweig Auswirkungen auf eine große Anzahl an Personen. So waren beispielsweise im Dezember 2020 im verarbeitenden Gewerbe über 1,3 Millionen Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt und damit 44 912 weniger als im Dezember 2019 (-3,2 %). Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes traf es die „Metall- und Elektroindustrie sowie Stahlindustrie“ besonders stark: Im Dezember 2020 waren hier 830 065 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 29 974 weniger als im Dezember 2019 (-3,5 %).

Das Gastgewerbe war relativ zwar stärker betroffen (-11,2 % im Dezember 2020), hier gab es in absoluter Zahl mit 165 722 Personen aber deutlich weniger sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Das waren 20 880 weniger Beschäftigte als im Vorjahr. Andererseits ist das Gastgewerbe ein Wirtschaftszweig mit einem hohen Anteil an geringfügig Beschäftigten. 2019 hatten gut vier von zehn Beschäftigten im Gastgewerbe einen Minijob (siehe auch Abschnitt: „Die Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung“). Außerdem wiesen die Beschäftigten im

leistungen“ neben zahlreichen anderen Dienstleistungen, die nicht der Tourismusbranche zugeordnet werden können.

Gastgewerbe mit einem durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst von 2 050 Euro das niedrigste Einkommen im Vergleich zu den weiteren Wirtschaftszweighbereichen auf (vgl. Statistisches Bundesamt 2021a). Folglich entstanden durch die reduzierten Erwerbsmöglichkeiten und den Anstieg der Arbeitslosigkeit im Gastgewerbe vor allem für die einkommensschwächeren Erwerbstätigen finanzielle Einbußen.

Neben dem Gastgewerbe und dem verarbeitenden Gewerbe wies im Verlauf des Jahres 2020 auch der Finanz- und Versicherungsdienstleistungssektor gegenüber dem Vorjahr eine geringere Zahl an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf (September 2020: -1,7 %). Die prozentualen Rückgänge fielen hierbei allerdings im Vergleich zu den bisher genannten Wirtschaftsbereichen niedriger aus. Darüber hinaus sind keine zusätzlichen gravierenden Einbrüche während der beiden Lockdowns zu erkennen.

Einige Wirtschaftszweige hatten trotz des Lockdowns im Jahr 2020 ganzjährig Zuwächse bei den Beschäftigten zu verzeichnen. Dies galt für das Baugewerbe (Dezember 2020: +1,8 %), die Bereiche „öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, exterritoriale Organisationen“ (Dezember 2020: +4,8 %), „Erziehung und Unterricht“ (Dezember 2020: +3,9 %), Gesundheitswesen (Dezember 2020: +2,7 %) sowie „Heime und Sozialwesen“ (Dezember 2020: +2,5 %).

Regionale Unterschiede der Beschäftigung

Die regionalen Unterschiede in der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung waren ebenfalls stark von der Wirtschaftsstruktur beeinflusst. So zeigte sich auch auf Kreisebene der Anteil der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe als einer der wichtigsten Einflussfaktoren auf die Beschäftigungsentwicklung im Jahr 2020 (Tabelle 1).

Beispielsweise waren 2020 42,6 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Märkischen Kreis im verarbeitenden Gewerbe tätig (69 066 Personen). Hier war im Dezember 2020 ein Beschäftigungsrückgang von 4,6 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Damit wurde auch das Gesamtsaldo der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Märkischen Kreis für den Dezember 2020 negativ (-1,0 %). In Münster hingegen hat das verarbeitende Gewerbe nur einen geringen Anteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (12 967 Personen; 7,2 %). Dagegen ist das Gesundheitswesen in Münster mit 24 160 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten besonders stark vertreten (13,5 %). In der Folge waren in Münster im Dezember 2020 sogar 3 127 Personen mehr in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, als ein Jahr zuvor (+1,8 %).

Tabelle 1: Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in ausgewählten Wirtschaftszweigen in ausgewählten Kreisen in Nordrhein-Westfalen im Dezember 2020 gegenüber dem Vorjahr

		NRW		Duisburg		Herne	
		Anteil [%]	Veränderung [%]	Anteil [%]	Veränderung [%]	Anteil [%]	Veränderung [%]
Insgesamt		100,0	+0,1	100,0	-0,1	100,0	+2,9
darunter:	Verarbeitendes Gewerbe	18,9	-3,2	19,0	-3,1	10,2	-0,9
	darunter:						
	Metall- und Elektro- sowie Stahlindustrie	11,7	-3,5	15,5	-1,9	5,5	-1,3
	Baugewerbe	5,1	+2,8	5,1	+5,4	9,5	+5,0
	Gesundheitswesen	8,3	+2,7	8,0	+1,1	13,2	+4,9
	Heime und Sozialwesen	8,5	+2,5	6,7	+1,0	11,3	+2,0
	Gastgewerbe	2,3	-11,2	2,0	-9,7	1,4	-5,2

		Münster		Kreis Borken		Märkischer Kreis	
		Anteil [%]	Veränderung [%]	Anteil [%]	Veränderung [%]	Anteil [%]	Veränderung [%]
Insgesamt		100,0	+1,8	100,0	+1,1	100,0	-1,0
darunter:	Verarbeitendes Gewerbe	7,2	-6,0	28,8	-2,2	42,6	-4,6
	darunter:						
	Metall- und Elektro- sowie Stahlindustrie	2,6	-1,3	14,7	-2,6	38,0	-4,8
	Baugewerbe	3,3	+0,7	10,0	+3,7	4,1	+2,1
	Gesundheitswesen	13,5	+2,1	6,7	+3,2	6,3	+2,2
	Heime und Sozialwesen	6,7	+5,2	9,0	+1,1	7,5	+2,4
	Gastgewerbe	2,7	-15,6	1,7	-5,5	1,4	-10,6

Duisburg, mit einem leicht überdurchschnittlichen Beschäftigungsanteil im verarbeitenden Gewerbe, wies 2020 einen moderaten Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf (-0,1 %). Dagegen waren im Dezember 2020 in Herne sogar 1 366 Personen mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt als im Vorjahr (+2,9 %). Das lässt sich zum einen durch den mit 10,2 % stark unterdurchschnittlichen Anteil des verarbeitenden Gewerbes (4 996 Beschäftigte) erklären. Daneben sind aber auch Branchen mit Beschäftigungszuwachs in Herne stark vertreten: Gesundheitswesen mit 6 458 Beschäftigten (+4,9 %), Heime und Sozialwesen mit 5 529 Beschäftigten (+2,0 %) sowie das Baugewerbe mit 4 633 Beschäftigten (+5,0 %). In Borken ist die Entwicklung trotz eines hohen Anteils des verarbeitenden Gewerbes (28,8 %) insgesamt positiv, was zumindest teilweise auf die Entwicklung im überdurchschnittlich vertretenen Baugewerbe zurückzuführen sein dürfte (+5,0 %).

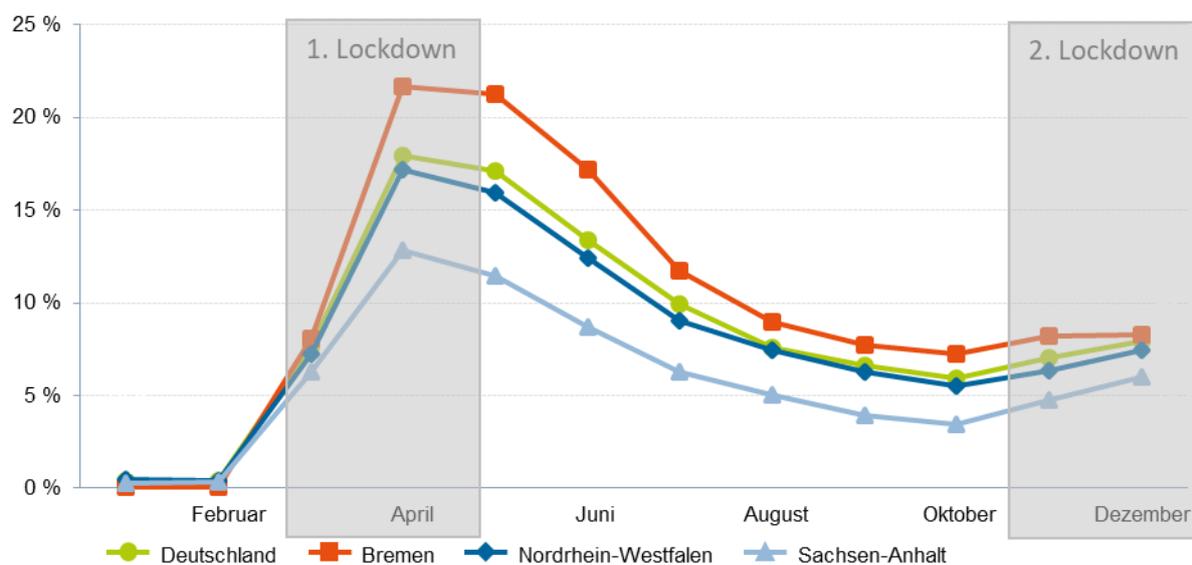
Kurzarbeit in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2020

Dass der Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten trotz zeitweisem Lockdown eher niedrig war, ist insbesondere auf Kurzarbeit zurückzuführen. Kurzarbeit wurde aktiv eingesetzt, um die Zahl der Arbeitsplatzverluste aufgrund des coronabedingten Arbeitsausfalls zu begrenzen. Dies führte in Deutschland zu einer noch nicht dagewesenen Zahl an Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeitern im Jahr 2020. Dennoch ergaben sich aus der Kurzarbeit für die betroffenen Personen Einkommenseinbußen, die auch Einfluss auf die Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe am öffentlichen Leben haben.

NRW Kurzarbeiterquote im Vergleich zu anderen Ländern

Die Betrachtung der Kurzarbeiterquote der Bundesagentur für Arbeit wies im von Corona geprägten Jahr 2020 im Gegensatz zu den vorherigen Jahren eine große Veränderungsdynamik auf. Dies gilt grundsätzlich für alle Bundesländer, trat aber in unterschiedlicher Stärke auf. Abbildung 2 zeigt die Entwicklung der Kurzarbeiterquote im Jahr 2020 für Nordrhein-Westfalen, Deutschland, das Bundesland mit der höchsten Quote (Bremen) und das Bundesland mit der niedrigsten Quote (Sachsen-Anhalt).

Abb. 2 Konjunkturelle Kurzarbeiterquote 2020 nach politischer Gebietsstruktur in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Tabellen, Realisierte Kurzarbeit, Nürnberg, Januar bis Dezember 2020

Grafik: IT.NRW

Zunächst bewegte sich die Kurzarbeiterquote im Januar und Februar über sämtliche Bundesländer auf einem vergleichsweise marginalen Niveau, wogegen ab März und April 2020 hohe Steigerungsraten zu erkennen waren. In diesem Zeitraum differenzierten sich auch die Bundesländer in den Ausprägungen der Kurzarbeiterquoten untereinander deutlich aus. Diese Unterschiede im Volumen der Kurzarbeit zwischen den Ländern blieben im weiteren Jahresverlauf, wenn auch mit abnehmender Tendenz, bestehen. Nordrhein-Westfalen wies für das gesamte Jahr im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt einen leicht niedrigeren Anteil der Kurzarbeiterquote auf, auch im Vergleich zu den ebenfalls einwohnerstarken Bundes-

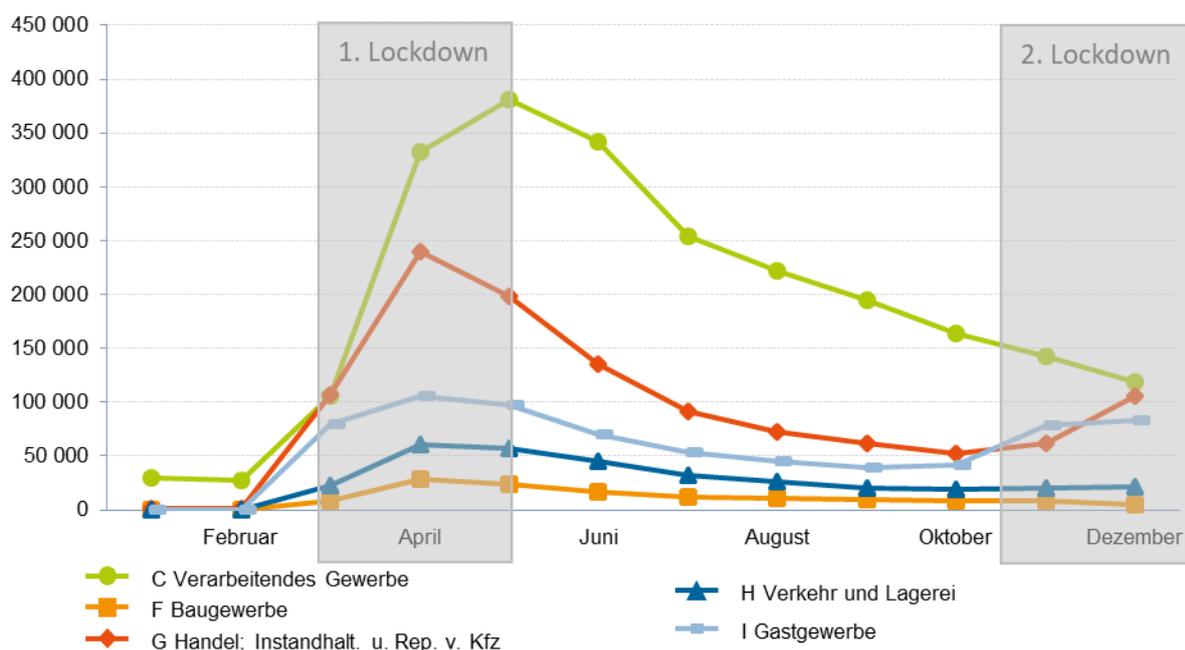
ländern Bayern und Baden-Württemberg. Dies ist insbesondere auf die unterschiedlichen Anteile der Wirtschaftszweige bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zurückzuführen (siehe auch im nächsten Abschnitt). In Baden-Württemberg waren im Januar 2020 29,3 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe beschäftigt, in Bayern waren es 25,1 %, in Nordrhein-Westfalen 19,5 % und im gesamten Bundesgebiet zusammen 20,7 %.

Ab dem zweiten Monat nach Ende des ersten Lockdowns, von Juni 2020 bis hin zum September 2020, reduzierte sich die Höhe der Kurzarbeiterquote sukzessive in allen Bundesländern. Obgleich während des zweiten Lockdowns ab November 2020 ein erneuter Anstieg der Kurzarbeiterquote in allen Bundesländern zu verzeichnen war, fiel dieser nicht so deutlich aus, wie zu Beginn des ersten Lockdowns.

Anzahl Kurzarbeiter nach Wirtschaftszweigen

Kurzarbeit wurde in den Wirtschaftszweigen im Verlauf des Jahres 2020 unterschiedlich stark in Anspruch genommen (siehe Abbildung 3). Folglich war auch die Betroffenheit von Kurzarbeit ungleichmäßig über verschiedene Beschäftigungsgruppen verteilt.

Abb. 3 Anzahl der Personen in konjunktureller Kurzarbeit in NRW 2020 nach Wirtschaftszweigen



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Tabellen, Realisierte Kurzarbeit, Nürnberg, Januar bis Dezember 2020

Grafik: IT.NRW

Im Januar 2020 und Februar 2020 war die Zahl der Kurzarbeitenden im Vergleich zum Rest des Jahres, abgesehen vom verarbeitenden Gewerbe, gering ausgeprägt. Während des ersten Lockdowns zeigte sich ein deutlicher Anstieg in allen Wirtschaftszweigen. Im April 2020 erreichte die Zahl der Kurzarbeitenden mit 1,2 Millionen insgesamt ihren höchsten Wert in Nordrhein-Westfalen. Den größten Anteil daran hatte das verarbeitende Gewerbe mit 331 840

Kurzarbeitenden, gefolgt vom „Handel, Instandhaltung und Reparatur von KFZ“ (239 724) sowie dem Gastgewerbe (105 519). Dagegen fielen die Zuwachsraten an Kurzarbeitenden in weiteren Bereichen wie z. B. dem Baugewerbe sowie bei Verkehr und Lagerei vergleichsweise niedrig aus. Nach Ende des ersten Lockdowns ab Mai sowie in den Folgemonaten sank die Zahl der Kurzarbeitenden zwar sukzessive, aber in der Höhe unterschiedlich stark in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Insgesamt blieb die Zahl der Kurzarbeitenden auch das restliche Jahr über im Vergleich zum Zeitraum vor dem ersten Lockdown deutlich höher.

Mit Beginn des zweiten Lockdowns ab November 2020 waren für die Wirtschaftszweige unterschiedliche Entwicklungen bei der Zahl an Kurzarbeitenden zu beobachten. Im Dezember 2020 waren in Nordrhein-Westfalen insgesamt wieder 525 482 Personen in Kurzarbeit. In den Wirtschaftszweigen Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen (106 111), Gastgewerbe (83 649) sowie Verkehr und Lagerei (21 823) wurde Kurzarbeit wieder häufiger in Anspruch genommen, während im verarbeitenden Gewerbe (119 093) sowie im Baugewerbe (5 275) im Vergleich zu den Vormonaten die Zahl an Kurzarbeitenden rückläufig war. Insgesamt waren die Veränderungsraten bei den Kurzarbeitenden während des zweiten Lockdowns im Vergleich zum ersten Lockdown aber über sämtliche Wirtschaftsabschnitte wesentlich niedriger.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass durch die Corona-Krise im Verlauf des Jahres 2020 vergleichsweise wenige Personen ihren sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz verloren. Allerdings waren viele von Kurzarbeit betroffen. Dabei zeigten sich jedoch erhebliche Unterschiede je nach Branche. Auch regional sind die Auswirkungen uneinheitlich.²

Das Kurzarbeitergeld beträgt regulär 60 % (ohne Kinder) bzw. 67 % (mit Kindern) vom Nettoentgelt.³ Im Mai 2020 wurden die Anspruchsvoraussetzungen angesichts der Coronakrise befristet angepasst: „Für Beschäftigte, die ihre Arbeitszeit um mindestens 50 Prozent reduziert haben, steigt das Kurzarbeitergeld ab dem vierten Monat auf 70 Prozent, ab dem siebten Monat auf 80 Prozent des entgangenen Nettolohns. Für Beschäftigte mit Kindern steigt es auf 77 beziehungsweise 87 Prozent.“ (BA 2020, S. 6) Eine freiwillige Aufstockung des Kurzarbeitergeldes durch Arbeitgeberzuschuss ist teilweise erfolgt. Wie sich diese differenzierten Regelungen auf die Einkommensverteilung auswirken, kann mit den bisher vorliegenden Statistiken nicht abschließend beurteilt werden.

² In einer Studie von Hamann, Kropp, Niebuhr u. a. (2021) wird die Betroffenheit der einzelnen Wirtschaftszweige in Nordrhein-Westfalen über eine Kombination aus Befragungen von Unternehmen sowie der Zahl der Beschäftigten je Wirtschaftszweig (SvB-Daten) ermittelt. Auch Hövermann (2020) erfasst die Betroffenheit der Erwerbsbevölkerung sowohl über subjektive Einschätzungen in Befragungen als auch über reale Einbußen mittels Finanzdaten.

³ Das durch Arbeitsausfall entgangene Nettoentgelt wird gem. § 106 SGB III anhand der Nettoentgelt-differenz, die der Differenz zwischen dem pauschalierten Nettoentgelt aus dem Soll-Entgelt und dem pauschalierten Nettoentgelt aus dem Ist-Entgelt entspricht, ermittelt.

Indikatoren zur wirtschaftlichen Entwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Insgesamt wurden in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2020 Güter und Dienstleistungen im Wert von 697,1 Milliarden Euro erwirtschaftet. Das Bruttoinlandsprodukt war preisbereinigt (real) mit $-4,4\%$ ([Indikator 1.1 auf Sozialberichte.nrw.de](#)) zwar deutlich gesunken, allerdings nicht so stark wie während der Finanzkrise im Jahr 2009 mit $-5,4\%$. Im gesamten Bundesgebiet ging 2020 das Bruttoinlandsprodukt um $1,8\%$ im Vergleich zum Vorkrisenjahr zurück, so dass die Wirtschaftsleistung von Nordrhein-Westfalen überdurchschnittlich stark gesunken ist.⁴

Wirtschaftskraft pro Kopf

Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung (2015 = 100) für Nordrhein-Westfalen ([Indikator 1.2 auf Sozialberichte.nrw.de](#)) fiel im Jahr 2020 mit 100,5 Punkten im Vergleich zum Vorjahr 2019 mit 105,5 Punkten niedriger aus. Insbesondere das produzierende Gewerbe war von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen, da die Bruttowertschöpfung in 2020 mit 94,0 Punkten sowohl im Vergleich zum Vorjahr (101,3) als auch über die letzten zehn Jahre deutlich niedriger ausfiel. Auch der Dienstleistungssektor wies mit 103,2 Punkten eine niedrigere Bruttowertschöpfung im Vergleich zum Vorjahr (107,4) auf. Die Reduktion fiel im Vergleich zum produzierenden Gewerbe allerdings geringer aus.

Arbeitsvolumen

Auch das Arbeitsvolumen (2015 = 100) lag für Nordrhein-Westfalen ([Indikator 1.3 auf Sozialberichte.nrw.de](#)) in 2020 mit 99,3 Punkten im Vergleich zu 2019 mit 103,6 niedriger. Dabei waren die Unterschiede zwischen dem produzierenden Gewerbe und dem Dienstleistungssektor weniger deutlich als bei der Bruttowertschöpfung. So reduzierte sich das Arbeitsvolumen im produzierenden Gewerbe im Jahr 2020 im Vergleich zum Jahr 2019 um 3,9 Punkte auf 96,9. Im Dienstleistungssektor belief sich der Rückgang auf 4,5 Punkte und war somit größer. Folglich wirkte sich im Jahr 2020 die Corona-Pandemie im Dienstleistungssektor stärker aus als im produzierenden Gewerbe.

Arbeitslosenquote

Anders als in den Vorjahren ist die Arbeitslosenquote⁵ 2020 gestiegen. Lag sie 2019 noch bei $6,4\%$ erreichte sie 2020 $7,5\%$ und ist somit um 1,3 Prozentpunkte gestiegen. Allerdings bestehen regional erhebliche Unterschiede in der Höhe und Veränderung der Arbeitslosigkeit ([Indikator 1.7 auf Sozialberichte.nrw.de](#)). Gelsenkirchen wies mit $15,2\%$ die höchste und der Kreis Coesfeld mit $3,0\%$ die niedrigste Arbeitslosenquote auf. Im Vergleich zum Vorjahr 2019 stieg die Arbeitslosenquote in Gelsenkirchen Stadt mit $+2,4$ Prozentpunkten am stärksten, während der Kreis Warendorf mit $+0,2$ Prozentpunkten den geringsten Anstieg der Arbeitslosenquote verzeichnete.

⁴ Vgl. Datenangebot des Arbeitskreises der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) der Länder: <https://www.statistikportal.de/de/vgrdl/ergebnisse-laenderebene/bruttoinlandsprodukt-bruttowertschoepfung>

⁵ Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

Öffentliche Haushalte

Insgesamt wurden in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2020 Steuereinnahmen im Umfang von 61,0 Mrd. Euro generiert ([Indikator 3.1 auf Sozialberichte.nrw.de](#)). Die Gesamteinnahmen fielen damit im Vergleich zum Vorjahr 2019 mit 62,0 Mrd. Euro niedriger aus. Seit 2011 ging das Steueraufkommen zwischen 2019 und 2020 erstmals zurück.

Im Jahr 2020 standen in Nordrhein-Westfalen bereinigte Einnahmen von 79,0 Mrd. Euro Ausgaben von 79,5 Mrd. Euro gegenüber ([Indikator 3.2 auf Sozialberichte.nrw.de](#)). Daraus ergab sich erstmals seit dem Jahr 2017 ein negativer Finanzierungssaldo von –0,5 Mrd. Euro. Insgesamt stieg in 2020 die Verschuldung auf 155,1 Mrd. Euro. Dies entspricht 8 649 Euro je Einwohner ([Indikator 3.3 auf Sozialberichte.nrw.de](#)). Mit einem Anstieg von 11,2 Mrd. Euro ist die Verschuldung im Vergleich zum Vorjahr stärker gestiegen als in allen Jahren seit dem Jahr 2000.

Lohnentwicklung

Für die Mehrzahl der privaten Haushalte sind Einkünfte aus abhängiger Erwerbstätigkeit die wichtigste Einnahmequelle. Der nordrhein-westfälische Durchschnittsverdienst (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer/-in) stieg von 2019 auf 2020 nominal um +0,6 % und damit im Vergleich zu den Vorjahren in deutlich geringerem Maße an ([Indikator 4.3 auf Sozialberichte.nrw.de](#)). Im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt fiel der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer/-in 2020 überdurchschnittlich aus (gesamtes Bundesgebiet: –0,1 %)⁶. Aufgrund des Preisanstieges von +0,5 % im Jahresdurchschnitt lag das reale Plus 2020 in Nordrhein-Westfalen bei +0,1 %⁷.

Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde stiegen 2020 gegenüber dem Vorjahr um +3,5 % an. Auch in Bezug auf die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde fiel der Anstieg in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt (+2,7 %) höher aus⁸. In Nordrhein-Westfalen war der Anstieg der Bruttostundenverdienste im Produzierenden Gewerbe mit +1,0 % deutlich niedriger als im Dienstleistungssektor (+4,7 %). Der Durchschnittsverdienst pro Stunde lag im Dienstleistungssektor im Jahr 2020 mit 27,91 Euro nach wie vor deutlich unter den erzielten Verdiensten im Produzierenden Gewerbe (32,26 Euro) ([Indikator 4.4 auf Sozialberichte.nrw.de](#)).

⁶ Vgl. Datenangebot des Arbeitskreises der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) der Länder: <https://www.statistik-bw.de/VGRdL/>.

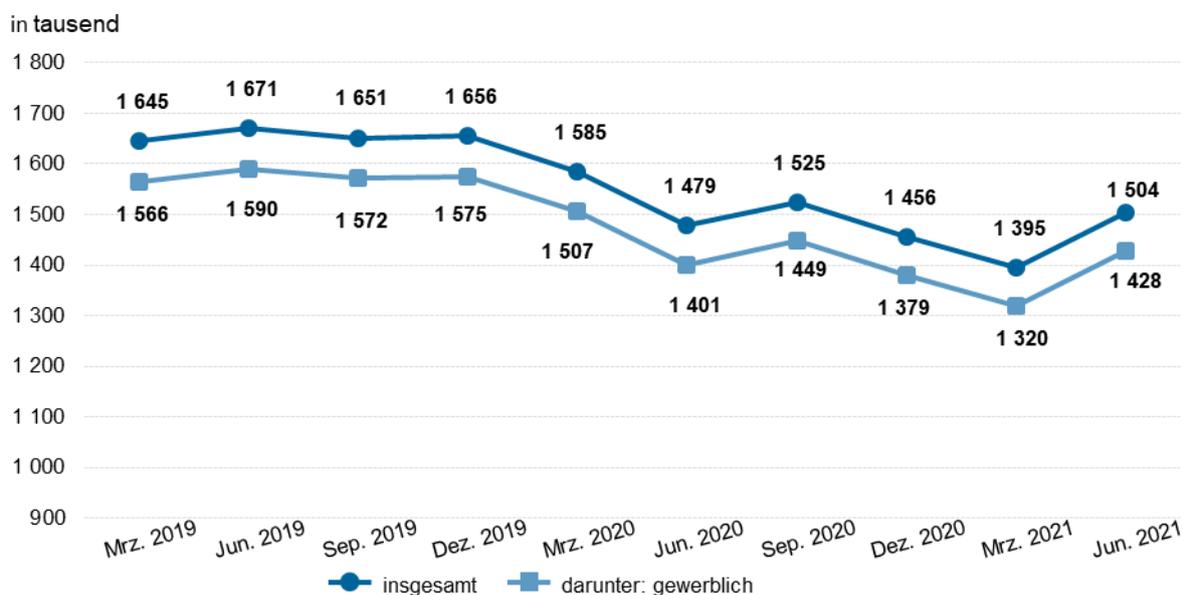
⁷ Vgl. <https://www.it.nrw/statistik/eckdaten/verbraucherpreisindex-fuer-nrw-1891>

⁸ Vgl. Datenangebot des Arbeitskreises der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) der Länder: <https://www.statistik-bw.de/VGRdL/>.

Die Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung

Wenn bis hierher festgestellt wurde, dass die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung insgesamt eher moderate Rückgänge seit dem Frühjahr 2020 aufweist, dann stellt sich damit auch die Frage, wie die Entwicklung anderer Beschäftigungsformen ausfiel. Hierzu zählen die geringfügig Beschäftigten, die über die Minijobzentrale der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See gemeldet werden. Minijobs sind geringfügige Beschäftigungen mit höchstens 450 Euro monatlichem Arbeitsentgelt oder einem Arbeitseinsatz von maximal 70 Tagen pro Kalenderjahr. Der größte Teil an geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen befindet sich im gewerblichen Bereich (im gesamten Betrachtungszeitraum rund 95 %), ein kleinerer Teil findet sich in Privathaushalten (rund 5 %).

Abb. 4 Anzahl der Minijobs in Nordrhein-Westfalen 2019 bis Juni 2021



Mitte März 2020 trat der erste Lockdown in Kraft. In diesem Monat waren im gewerblichen Bereich in Nordrhein-Westfalen 1,5 Millionen geringfügig Beschäftigte bei der Minijobzentrale gemeldet. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl um 58 814 Personen ab (–3,8 %; deutschlandweit: –3,3 %). Im Juni 2020 wurde ein Bestand von 1,4 Millionen Minijobberinnen und Minijobbern im gewerblichen Bereich in Nordrhein-Westfalen gemeldet (–11,9 % gegenüber dem Juni 2019; deutschlandweit: –12,4 %). Der bislang niedrigste Stand seit Beginn der Corona-Pandemie wurde im März 2021 mit 1,3 Millionen geringfügig Beschäftigten im gewerblichen Bereich erreicht. Das waren gegenüber dem März 2020 nochmals 12,4 % weniger (deutschlandweit: –12,7%). Bei den geringfügig Beschäftigten in Privathaushalten fielen die Rückgänge gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal deutlich geringer aus (zwischen –2,1 % im März 2020 und –4,5 % im September 2020).

In den Quartalsberichten der Minijobzentrale sind die geringfügig Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen für Gesamtdeutschland ausgewiesen. Wie bei den sozialversicherungspflicht-

tig Beschäftigten gab es auch bei den geringfügig Beschäftigten erhebliche Unterschiede in der Betroffenheit durch die Lockdown-Maßnahmen.

Während das Baugewerbe (+0,6 % im März 2020 bis +3,4 % im Dezember mit 301 497 Minijobs) und die Land- und Forstwirtschaft (+3,5 % im März 2020 bis +4,8 % im Dezember 2020 mit 115 414 Minijobs) bundesweit eine Zunahme an geringfügig Beschäftigten gegenüber den jeweiligen Vorjahresquartalen zu verzeichnen hatten⁹, nahm die Anzahl an geringfügig Beschäftigten insbesondere in den fünf Wirtschaftszweigen Gastgewerbe, Kunst und Unterhaltung, verarbeitendes Gewerbe, Verkehr und Lagerei sowie Sonstige Dienstleistungen ab.

Deutlich vom Lockdown betroffen waren geringfügig Beschäftigte insbesondere im Gastgewerbe (gegenüber Vorjahresquartal Juni 2020: -35,9 %; Dez. 2020: -50,1 %), in Kunst und Unterhaltung (gegenüber Vorjahresquartal Juni 2020: -26,6 %; Dez. 2020: -38,8 %), im verarbeitenden Gewerbe (gegenüber Vorjahresquartal Juni 2020: -14,0 %; Dez. 2020: -10,7 %), in Verkehr und Lagerei (gegenüber Vorjahresquartal Juni 2020: -12,5 %; Dez. 2020: -7,9 %) und den sonstigen Dienstleistungen (gegenüber Vorjahresquartal Juni 2020: -10,4 %; Dez. 2020: -12,7 %). Bis März 2021 ging in diesen fünf Wirtschaftszweigen die Anzahl geringfügig Beschäftigter nochmals deutlich zurück, auf zusammen 1,54 Millionen. Das waren etwa 778 000 weniger als im Dezember 2019. Damit ging in diesen Wirtschaftszweigen ein Drittel der vormaligen Minijobs verloren.

In den genannten Wirtschaftszweigen ging die geringfügige Beschäftigung im Jahr 2020 somit stärker zurück als die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.¹⁰ Damit ist eine Personengruppe besonders betroffen, bei der bereits vorher überdurchschnittlich häufig Armutslagen auftraten. Die Armutsrisikoquote der Personen, die ausschließlich geringfügig beschäftigt waren, lag 2018 mit 23,4 % mehr als siebenmal so hoch wie bei abhängig Beschäftigten in einem unbefristeten Vollzeitverhältnis (3,1 %).¹¹

Die Entwicklung der beruflichen Ausbildung

Im Ausbildungsjahr 2020 gab es in Deutschland 465 672 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und damit 9,3 % weniger als im Vorjahr. Dabei war der Rückgang an neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen bei den Frauen (-10,0 %) im Vergleich zu den Männern (-8,9 %) größer (Statistisches Bundesamt 2021c). In Nordrhein-Westfalen wurden davon 103 188 Ausbildungsverträge im Ausbildungsjahr 2020 neu abgeschlossen, 10,4 % weniger als im Vorjahr (Frauen -10,5 %; Männer -10,9 %) (IT.NRW 2021a). Damit waren die jungen Menschen in

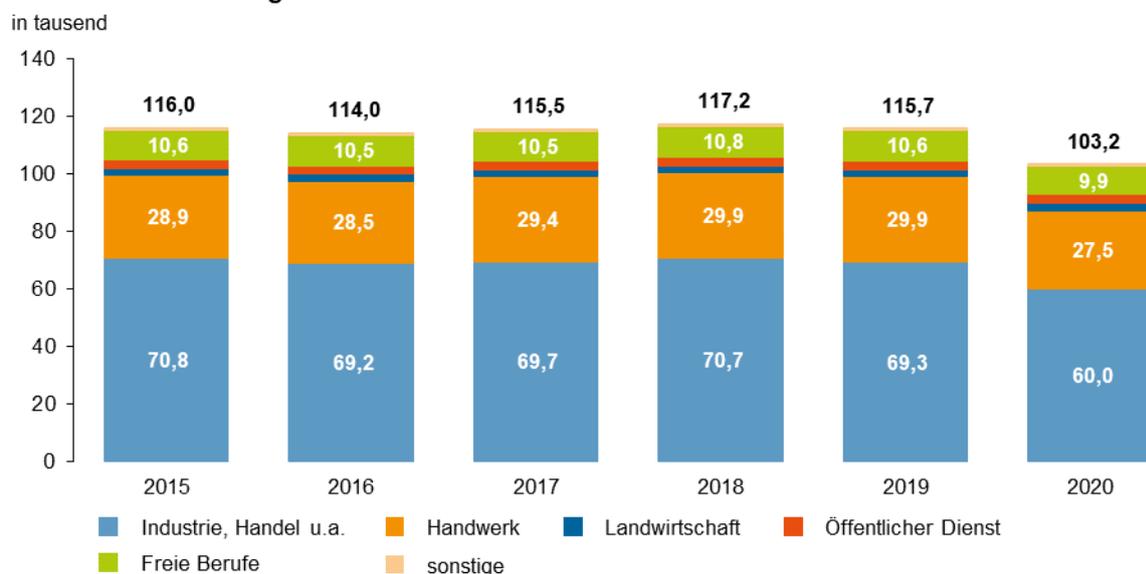
⁹ Hinter der Entwicklung verbergen sich insbesondere bei der Land- und Forstwirtschaft noch übliche saisonale Schwankungen mit geringeren Beschäftigungszahlen im Winter. Da diese keine Folge von Corona darstellen, werden sie durch den Vergleich zum jeweiligen Vorjahresquartal aus der Betrachtung ausgeschlossen.

¹⁰ Vgl. Abschnitt zur Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.

¹¹ Ergebnisse des Mikrozensus, eigene Auswertung.

Nordrhein-Westfalen überdurchschnittlich betroffen. Noch stärkere Rückgänge bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen verzeichneten die beiden Stadtstaaten Hamburg (–13,5 %) und Berlin (–12,1 %), sowie das Saarland (–12,4 %) und Hessen (–11,9 %) (Statistisches Bundesamt 2021d).

Abb. 5 Zahl der abgeschlossenen Berufsausbildungsverträge 2015 – 2021 in NRW nach Ausbildungsbereich



Wie die Bundesagentur für Arbeit im Juli 2021 die vorläufige Lage auf dem diesjährigen Ausbildungsmarkt beschreibt, ist eine Entspannung noch nicht in Sicht:

„Die Vermutung liegt nahe, dass der aktuelle Rückgang an Bewerbermeldungen nicht auf eine rückläufige Zahl Ausbildungsuchender in diesem Umfang zurückzuführen ist, sondern dass eine erhebliche Anzahl junger Menschen eine ‚Stille Reserve‘ der Ausbildungsnachfrage bilden könnte. Zwei Aspekte untermauern diese Einschätzung: Zum einen verlassen 2021 laut KMK-Vorausberechnung voraussichtlich 2 Prozent mehr Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildenden Schulen als im letzten Jahr. Zum anderen streben mehr Ausbildungsuchende aus dem letzten Beratungsjahr erneut eine Ausbildung an, weil sie 2020 aufgrund der Pandemie nicht zum Zuge gekommen waren“ (BA 2021, S. 7).

Auch bei den Studienanfängerinnen und -anfängern ist 2020 in Nordrhein-Westfalen ein Rückgang um 5,4 % zu beobachten. Dieser ist jedoch zu einem erheblichen Teil darauf zurückzuführen, dass weniger Studierende aus anderen Ländern zu einem Studium nach Deutschland kamen. „Bei den Bildungsausländern (Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit und Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung im Ausland) im ersten Hochschulsesemester gab es im Studienjahr 2020 einen Rückgang um 22,2 Prozent auf 16 395. Insbesondere Gastaufenthalte wie z. B. im Rahmen des Erasmus-Programms wurden von Bildungsausländern seltener angetreten als im Vorjahr (2020: 2 094 Studienanfänger, –61,6 Prozent)“ (IT.NRW 2021b).

Zum einen ist festzustellen, dass der Rückgang an Studierenden insgesamt geringer ausfällt als der Rückgang an Auszubildenden. Zum anderen wird aber auch deutlich, dass hier zwei rückläufige Trends zusammenfallen. Dies führt für die Wirtschaft zu der Herausforderung, entsprechenden Fachkräftenachwuchs zu finden, des Weiteren birgt dieser Trend auch soziale Risiken, denn Qualifikation ist eine wichtige Ressource zur Verhinderung von Armutslagen. So waren 2018 fast ein Drittel (33,1 %) der Geringqualifizierten in Nordrhein-Westfalen einkommensarm, während es bei den Qualifizierten etwa jeder Zehnte (10,2 %) und bei den Hochqualifizierten nur jeder Zwanzigste (5,0 %) war (vgl. MAGS 2020, S. 277).

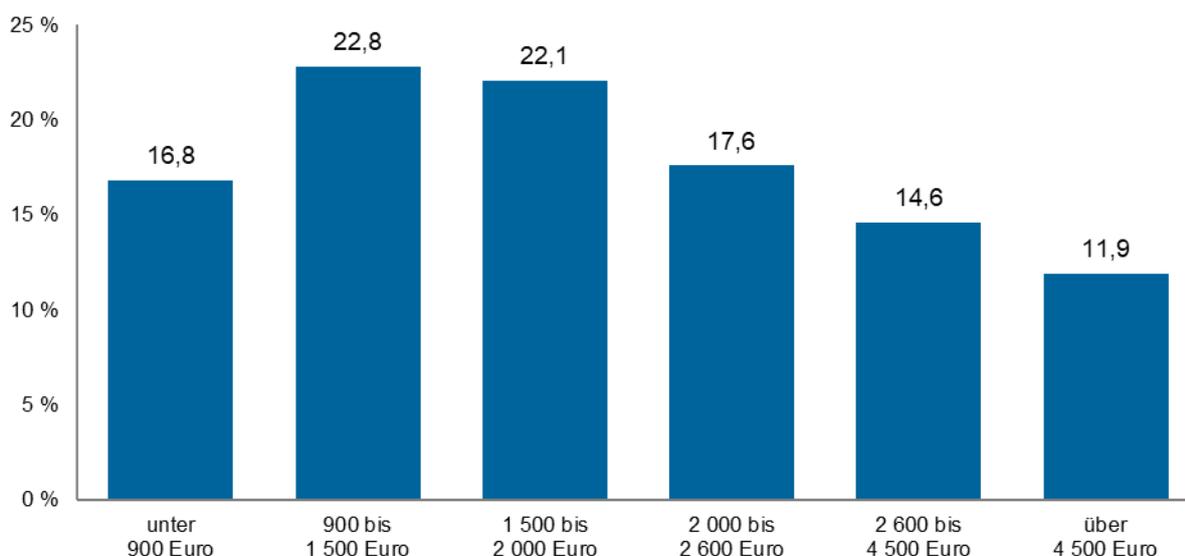
2.2 Erwerbsbeteiligung und soziale Lage der privaten Haushalte

Nachdem die Effekte der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt skizziert wurden, stellt sich die Frage, welche Personengruppen davon besonders betroffen sind und wie sich das auf die soziale Lage der Haushalte auswirkt. Dazu ist die Datenlage noch begrenzt. Auf der anderen Seite drängt sich die Frage nach den sozialen Folgen auf, die mit Maßnahmen wie einem Lockdown einhergehen.

Erwerbsbeteiligung und Einkommen

Einige Anhaltspunkte auf die besonders betroffenen Gruppen bieten Analysen des WSI, für die die Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung ausgewertet wurde. Demnach waren 2020 Personen mit geringeren Einkommen tendenziell häufiger von Kurzarbeit betroffen. So waren 22,8 % der Beschäftigten mit einem individuellen Nettoeinkommen von 900 bis 1 500 Euro in Kurzarbeit, hingegen nur 11,9 % der Beschäftigten mit einem individuellen Nettoeinkommen über 4 500 Euro (Kohlrausch/ Zucco/ Hövermann 2020, S. 12ff.).

Abb. 6 Beschäftigte in Kurzarbeit nach Höhe des individuellen Nettoeinkommens



Quelle: Kohlrausch/ Zucco/ Hövermann 2020, S. 15 (Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung)

Grafik: IT.NRW

Ein weiterer Effekt hängt mit der unterschiedlichen Betroffenheit der Wirtschaftszweige zusammen. Pusch und Seifert (2021) stellen für November 2020 fest, dass der Anteil der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter in Klein- und Kleinstbetrieben höher war, als in größeren Betrieben, und führen dies unter anderem auf das „kleinbetrieblich organisierte Gastgewerbe“ zurück. Außerdem war auch der Dienstleistungsbereich stark betroffen, was wiederum dazu führte, dass Frauen mit 9 % zu einem höheren Anteil in Kurzarbeit waren als Männer (7,6 %) (Pusch/ Seifert 2021, S. 4). Um die finanziellen Konsequenzen von Kurzarbeit für die Betroffenen abzumildern, hat die Bundesregierung die Höhe des Kurzarbeitergeldes ab dem vierten Monat auf 70 bzw. 77 % und ab dem siebten Monat auf 80 bzw. 87 % des Nettoentgelts angehoben. Das milderte die Einkommensverluste, hob sie aber nicht vollständig auf.

Daneben waren auch jüngere Befragte, Selbständige, Freiberufler und Beschäftigte in atypischen und prekären Beschäftigungsverhältnissen von Einkommensverlusten betroffen (Kohlrausch/ Zucco/ Hövermann 2020, S. 14). Damit sind zumindest teilweise Personengruppen betroffen, die bereits vor 2020 ein erhöhtes Armutsrisiko verzeichneten. So lag in Nordrhein-Westfalen beispielsweise 2018 die Armutsrisikoquote der 18- bis unter 30-Jährigen mit 23,1 % deutlich über der Quote der 30- bis unter 65-Jährigen (13,7 %) (MAGS 2020, S. 257). Ebenfalls gehen verschiedene Formen atypischer Beschäftigung mit unterschiedlichen Armutsrisikoquoten einher:

- geringfügig Beschäftigte: 23,4 %
- in Zeitarbeit Beschäftigte: 14,3 %
- befristet Beschäftigte: 14,2 %
- Erwerbstätige in abhängiger Teilzeitbeschäftigung: 9,7 %
- Selbständige: 7,1 %
- abhängig Beschäftigte mit Normalarbeitsverhältnis: 3,1 %

(MAGS 2020, S. 281).

3. Familien und Wohnsituation

Familien

Für Familien, besonders für Familien mit Kindern, stellen die Folgen der Covid-19-Pandemie und die damit verbundenen Maßnahmen zur Eindämmung eine komplexe Herausforderung dar. In Nordrhein-Westfalen kam es im März 2020 erstmals zu Schließungen von Kindertagesstätten und Schulen. Auch nach der schrittweisen Wiedereröffnung und Notbetreuung für Kinder von Eltern mit systemrelevanten Berufen gab es für Familien keine schnelle Rückkehr zur Normalität. Zusätzlich zu den bestehenden Herausforderungen mussten Eltern in vielen Fällen die Betreuung zu Hause selbst gewährleisten. Die Daten aus einer Online-Umfrage des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) zum „Corona-Alltag“ geben Aufschluss darüber, wie Familien in Nordrhein-Westfalen mit der Betreuung von Kindern und weiteren Herausforderungen umgegangen sind.

„Corona-Alltag“ – Eine Online-Befragung durch das WZB

Zur Untersuchung der Auswirkungen der Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie auf das tägliche Leben der Menschen in Deutschland hat das WZB eine Online-Umfrage in drei Befragungswellen durchgeführt (WZB, 2020). An Welle 1 (23. März bis 10. Mai 2020) haben in Nordrhein-Westfalen 2 198 Personen teilgenommen, in Welle 2 (20. April bis 14. Juni 2020) waren es 1 120 Teilnehmende und in Welle 3 (3. Juni bis 2. August 2020) nahmen noch 912 der Befragten teil. Die an der Umfrage Teilnehmenden waren zum Zeitpunkt der Befragung mindestens 18 Jahre alt und wurden über Email-Listen, soziale Netzwerke, Zeitungen und Rundfunk rekrutiert. Um die starke Überrepräsentanz einzelner Personengruppen (Frauen, Personen mit Hochschulabschluss) zu korrigieren und die Repräsentativität insgesamt zu erhöhen, wurde eine Gewichtung je Welle auf Basis des Mikrozensus 2019 vom Statistischen Bundesamt vorgenommen. Das Statistische Bundesamt stellte für die Auswertungen im Rahmen der vorliegenden Untersuchung eine spezielle Hochrechnung für Nordrhein-Westfalen zur Verfügung. Die Gewichtung korrigiert für Geschlecht, Alter, Bildungsgrad, Beschäftigungsverhältnis und Familienkonstellation. Trotz der Gewichtung der Ergebnisse ist aber nicht garantiert, dass diese für die Bevölkerung insgesamt oder für einzelne Bevölkerungsgruppen in Nordrhein-Westfalen repräsentativ sind. In den Analysen wurden die Daten aller Teilnehmenden genutzt, auch wenn diese nur an einer oder zwei der Wellen teilgenommen haben.

In der 1. Befragungswelle hatten 26,8 % der Befragten mit Kindern ihre Kinder zu Hause betreut ohne zu arbeiten¹². Wenn man sich nur die Befragten anschaut, die angaben, erwerbstätig zu sein, traf dies auf 13,9 % zu. 43,2 % aller Befragten mit Kindern betreuten die Kinder während der Arbeit zu Hause und 13,7 % antworteten, vermehrt zu arbeiten, während

¹² Mehrfachnennungen möglich

die Kinder schlafen, um so tagsüber betreuen zu können. In der 2. und 3. Befragungswelle gaben mehr Eltern an, ihre Kinder zu Hause zu betreuen ohne zu arbeiten (Welle 2: 52,7 %; Welle 3: 48,4 %). Dem gegenüber teilten weniger Eltern mit, ihre Kinder während der Arbeit zu betreuen (Welle 2: 34,7 %; Welle 3: 37,0 %), oder zu arbeiten, während die Kinder schlafen (Welle 2: 12,6 %; Welle 3: 9,7 %).

Die Notfallbetreuung spielte nur für wenige der Befragten eine Rolle. Der Höchstwert wurde mit 7,2 % in der 2. Befragungswelle erreicht. Die Bedeutung der Großeltern für die Kinderbetreuung nahm über die Wellen hinweg stetig zu. Während in Welle 1 nur 3,3 % angaben, dass die Großeltern einen Teil der Betreuung übernehmen, waren es in den folgenden Wellen 5,9 %, beziehungsweise 10,2 %. Die Rolle der übrigen Verwandten, Freunde oder Nachbarn nahm hingegen in ihrer Relevanz ab (10,5 % in der 1. Befragungswelle gegenüber 3,7 % in Welle 2 und 0,3 % in Welle 3). Ausschließlich in der 3. Befragungswelle wurde danach gefragt, ob ein Teil der Betreuung wieder in der Kita oder Schule stattfand. 35,6 % der Befragten antworteten, dass eine Betreuung hier im reduzierten Stundenumfang genutzt wurde.

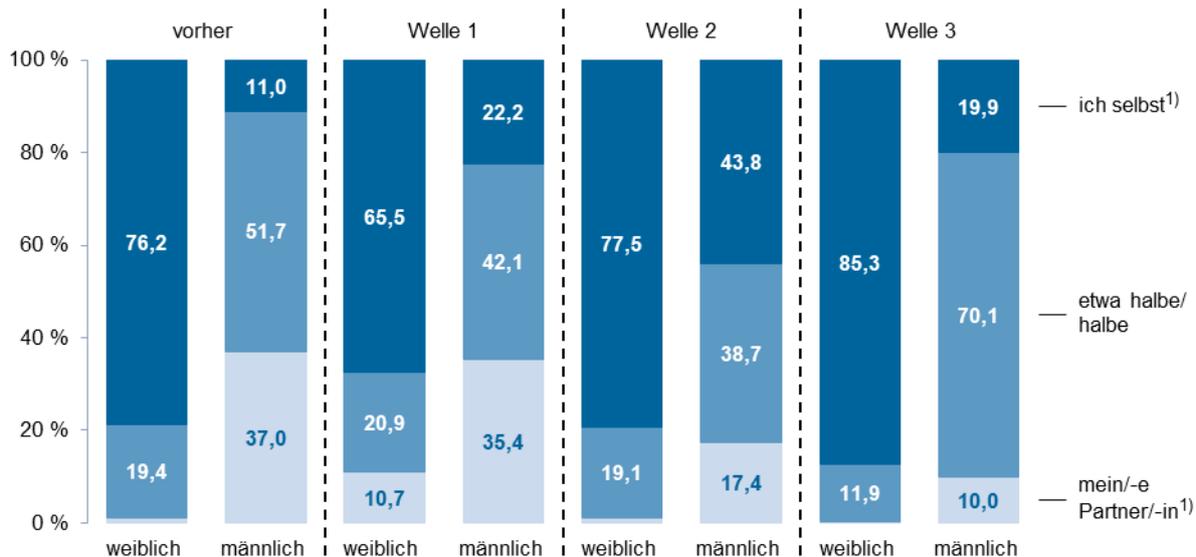
Die Entwicklung zeigt, dass Betreuungsmodelle über die Erhebungswellen hinweg wieder traditioneller wurden: Arbeit und Kinderbetreuung wurden wieder mehr getrennt, Betreuung wurde stärker durch Großeltern übernommen als durch andere Verwandte oder Bekannte. Die Herausforderungen und Handlungsoptionen sind für die Eltern bei der Organisation der Kinderbetreuung unterschiedlich. Eine Betreuung während der Arbeitszeit oder eine Verschiebung der Arbeitszeit wurde von Eltern im Homeoffice wesentlich häufiger genutzt. Von den Befragten, die zumindest einen Teil ihrer Arbeitszeit im Homeoffice leisteten, gaben in der 1. Befragungswelle 72,5 % an, dass sie ihre Kinder während der Arbeitszeit betreuen, gegenüber 21,0 % derer, die nicht im Homeoffice arbeiteten. Von den im Homeoffice Arbeitenden gaben 19,9 % an, ihre Arbeitszeit so angepasst zu haben, dass sie arbeiten konnten, während die Kinder schlafen, gegenüber 2,3 %, die nicht im Homeoffice arbeiteten.

Auch die Rollenverteilung innerhalb der Familie veränderte sich durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie. Auf der einen Seite wird eine Retraditionalisierung der Geschlechterrollen befürchtet (Allmendinger 2020), auf der anderen Seite wird auch die verstärkte Beteiligung von Vätern bei der Kinderbetreuung und Hausarbeit als Chance gesehen, bestehende Normen langfristig zu durchbrechen (Alon u.a. 2020). Empirisch ist die Entwicklung vielschichtig und uneinheitlich. Basierend auf einer Sondererhebung des Sozioökonomischen Panels (SOEP-CoV) zeigen Zinn, Kreyenfeld und Bayer (2020), dass Frauen die Hauptlast bei der Kinderbetreuung während des ersten Lockdowns getragen haben und dass die Betreuungszeit bei Müttern auch stärker gestiegen ist. Auch Kohlrausch und Zucco (2020) beschreiben mit den Daten einer Befragung der Hans-Böckler-Stiftung, dass der überwiegende Anteil der Sorgearbeit immer noch von Frauen übernommen wird. Der Anteil der Männer, die die überwiegende Sorgearbeit übernehmen, ist jedoch gestiegen. Es wird auch deutlich, dass eine Retraditionalisierung häufiger bei Familien auftritt, die finanziell stärker belastet sind. Mit Daten des Nationalen Bildungspanels untersuchten Zoch, Bächmann und Vicari (2020) die Diversität in der Verteilung der Betreuung. Nach den Ergebnissen dieser

Studie leisteten Frauen mehr Betreuungsarbeit als Männer. Der Umfang der Beteiligung von Vätern an der Betreuungsarbeit hängt jedoch von vielen Faktoren wie Bildung, Tätigkeit in einem systemrelevanten Beruf und der Möglichkeit zur Arbeit von zu Hause ab.

Die Daten der WZB-Studie geben einen Einblick in die Aufteilung der Kinderbetreuung innerhalb der Familien in Nordrhein-Westfalen.

Abb. 7 Aufteilung der Kinderbetreuung innerhalb der Familie in NRW in Prozent*



*) ohne die Antwortmöglichkeiten "nur eine andere Person" und "das trifft für uns nicht zu" – 1) vollständig oder überwiegend
 --- Quelle: WZB Online-Umfrage zum Corona Alltag, eigene Berechnungen

Grafik: IT.NRW

Abbildung 7 zeigt die Aufteilung der Kinderbetreuung aus Sicht der Befragten je Befragungswelle und retrospektiv für die Zeit vor den Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie. Aus Sicht der weiblichen Befragten hatten diese vor den Maßnahmen die Kinderbetreuung zu etwa drei Vierteln (76,2 %) überwiegend oder vollständig übernommen. Ein Fünftel (19,4 %) sah die Arbeit gleich verteilt und nur 1,3 % fanden, dass ihr Partner oder ihre Partnerin die Kinderbetreuung zu einem überwiegenden Teil übernahm. In der 1. Befragungswelle gaben weniger Frauen an, sich zumindest überwiegend um die Betreuung zu kümmern (65,5 %). Der Anteil der Frauen, die ihren Partner oder ihre Partnerin die überwiegende Sorgearbeit verrichten sahen, stieg auf 10,7 %. Die Situation in der 2. Befragungswelle ähnelt sehr stark der Einschätzung, wie sie vor dem Beginn der Coronapandemie war. In der 3. Befragungswelle sahen nur 11,9 % der Frauen eine gleich aufgeteilte Kinderbetreuung mit ihrem Partner oder ihrer Partnerin und 85,3 % schätzten ein, selbst den zumindest überwiegenden Teil der Arbeit zu verrichten.

Vor den ersten Maßnahmen nannte die Hälfte der Männer (51,7 %) eine gleiche Verteilung der Aufgaben und 11,0 % empfanden, dass sie selbst überwiegend oder vollständig die Kinderbetreuung erledigten. In der 1. Befragungswelle verdoppelte sich dieser Anteil (22,2 %) und nahm in der 2. Befragungswelle sogar auf 43,8 % zu, bevor er in der 3. Befragungswelle wieder auf 19,9 % fiel. Der Anteil der Männer, die angaben, dass ihre Partnerin oder ihr Partner

sich überwiegend oder vollständig um die Kinderbetreuung kümmerte, sank stetig. Vor den ersten Maßnahmen waren es 37,0 %, in der 1. Befragungswelle sank der Anteil nur gering auf 35,4 %. In der 2. Befragungswelle fiel der Anteil auf 17,4 % und in der 3. Befragungswelle gab nur noch jeder zehnte Mann (10,0 %) an, dass seine Partnerin oder sein Partner die Kinderbetreuung überwiegend oder vollständig übernahm.

Bei einer Analyse der Verteilung der Hausarbeit, die auch zusammenlebende, kinderlose Paare miteinbezieht, zeigt sich ein ähnliches Bild, mit wenigen Ausnahmen. Generell antworteten mehr Männer, dass ihre Partnerin oder ihr Partner die überwiegende oder vollständige Arbeit im Haushalt erledigt. Vor den Maßnahmen gaben 55,4 % der Männer an, dass ihre Partnerin oder ihr Partner den Großteil der Arbeit übernahm. Über die Befragungswellen hinweg ging dieser Anteil weniger stark zurück als bei der Kinderbetreuung (Welle 1: 46,8 %; Welle 2: 43,9 %; Welle 3: 46,4 %). Dementsprechend war auch der Anteil der Männer, die mitteilten, selber überwiegend oder vollständig die Hausarbeit zu übernehmen, kleiner. 8,1 % der Männer antworteten, vor Beginn der Maßnahmen die Hausarbeit zum überwiegenden Teil oder vollständig zu erledigen. In der 1. Befragungswelle waren dies 11,2 %, in der 2. Befragungswelle 16,0 % und in 3. Befragungswelle 7,8 %. Durch die Selbsteinschätzung kann nicht beurteilt werden, ob sich die Kinderbetreuung und Hausarbeit wirklich so aufteilt, wie es die Befragten wahrnehmen. Da bei Männern sowie Frauen der gefühlte Anteil an der Kinderbetreuung über die Wellen hinweg steigt, ist es möglich, dass verstärkt die eigene Mehrarbeit auffällt und nicht die der Partnerin oder des Partners. Die Analyse zeigt, dass Männer Betreuungsaufgaben übernahmen, Frauen aber immer noch den größeren Teil der Kinderbetreuung leisteten.

Der erhöhte Zeitaufwand für die Kinderbetreuung sowie die Einschränkungen, die mit den Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie einhergehen, wirken sich auch auf die Gefühlslage der Eltern aus.

Abbildung 8 zeigt die Zustimmung der Eltern zu der Aussage: „*Ich fühle mich oft müde oder erschöpft, weil ich die Bedürfnisse meiner Kinder erfüllen muss.*“ Auf der linken Seite der Abbildung werden die Antworten für die Situation vor den ersten Maßnahmen im Zusammenhang mit der Coronapandemie dargestellt, die die Befragten retrospektiv beantwortet haben. Auf der rechten Seite der Abbildung sind die Antworten für die 1. Befragungswelle abgebildet. Die Situation vor der Coronapandemie ist für Männer und Frauen sehr ähnlich. Über 80,0 % der Befragten (männlich: 81,4 %; weiblich: 81,2 %) stimmten der Aussage nicht zu. Nur jeweils 5,4 % stimmten der Aussage zu. In der 1. Befragungswelle stieg der Anteil der Zustimmenden insgesamt stark an. 26,6 % der Männer und 37,1 % der Frauen stimmten der Frage nach Müdigkeit oder Erschöpfung zu. In beiden Gruppen verneinte knapp die Hälfte der Befragten, Müdigkeit oder Erschöpfung zu spüren, weil sie die Bedürfnisse der Kinder erfüllen müssen.

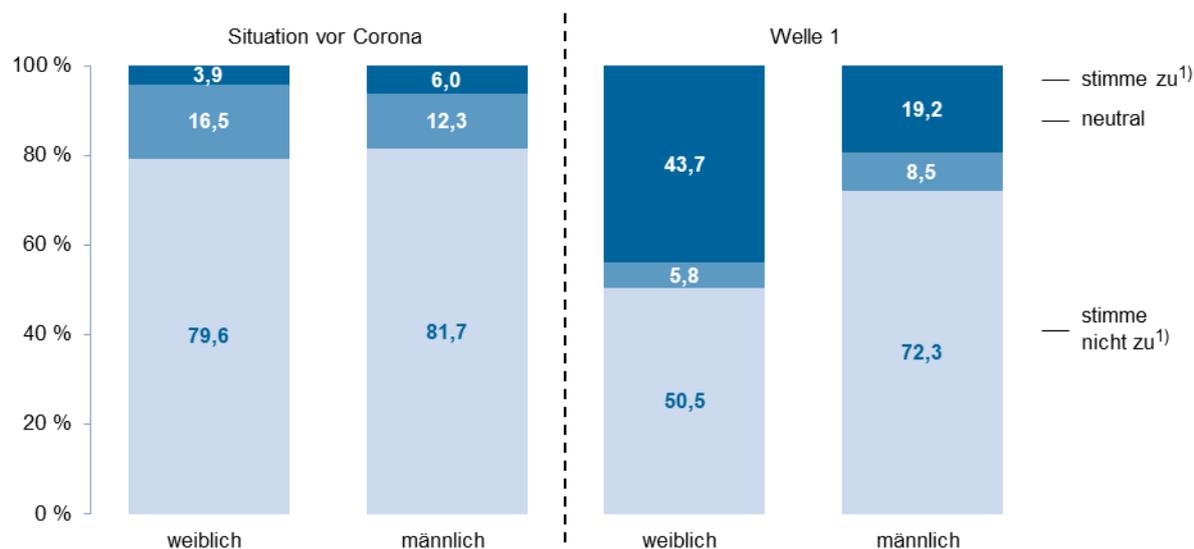
Abb. 8 Gefühlte Erschöpfung in NRW nach Geschlecht in Prozent



1) Zur besseren Verständlichkeit wurden die Kategorien „stimme überhaupt nicht zu“ und „stimme nicht zu“ zusammengefasst zu „stimme nicht zu“, sowie die Kategorien „stimme voll und ganz zu“ und „stimme zu“ zusammengefasst zu „stimme zu“ --- Quelle: WZB Online-Umfrage zum Corona Alltag, eigene Berechnungen Grafik: IT.NRW

Abbildung 9 zeigt eine weitere Facette der Gefühlslage der Eltern mit der Zustimmung zur Aussage: „Ich fühle mich normalerweise durch meine Elternpflichten gefangen.“ Ähnlich wie bei der Aussage zur Erschöpfung verneinten vor den Maßnahmen rund 80,0 % (Männer: 81,7 %; Frauen: 79,6 %) die Aussage, sich gefangen zu fühlen. Nur 6,0 % der Männer und 3,9 % der Frauen gaben an, sich normalerweise durch ihre Elternpflichten gefangen zu fühlen. In der 1. Befragungswelle stieg der Anteil der zustimmenden Männer (19,2 %) und Frauen (43,7 %). Der Anteil derer, die der Aussage nicht zustimmten, sank bei Männern auf 72,3 % und bei Frauen auf 50,5 %. Beide Abbildungen zeigen, dass die Lockdowns die psychische Gesundheit der Eltern, insbesondere die der Frauen, beeinträchtigten.

Abb. 9 Gefühlter Druck der Elternpflicht in NRW nach Geschlecht in Prozent



1) Zur besseren Verständlichkeit wurden die Kategorien „stimme überhaupt nicht zu“ und „stimme nicht zu“ zusammengefasst zu „stimme nicht zu“, sowie die Kategorien „stimme voll und ganz zu“ und „stimme zu“ zusammengefasst zu „stimme zu“ --- Quelle: WZB Online-Umfrage zum Corona Alltag, eigene Berechnungen Grafik: IT.NRW

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie haben auch Auswirkungen auf die Zufriedenheit der Menschen. Die Teilnehmenden wurden nach ihrer Zufriedenheit zu verschiedenen Facetten ihres Lebens befragt und konnten auf einer 7-Punkte Skala von 1 (sehr unzufrieden) bis 7 (sehr zufrieden) antworten. Menschen in Partnerschaft wurden zu den Themen Arbeitsteilung im Haushalt und Beziehung befragt. Männer waren vor der Coronapandemie mit einem durchschnittlichen Wert von 5,6 zufriedener mit der Arbeitsteilung im Haushalt als die Frauen (4,9). Die durchschnittlichen Werte blieben sowohl für Männer (Welle 1: 5,7; Welle 2: 5,5; Welle 3: 5,7) als auch für Frauen (Welle 1: 4,9; Welle 2: 4,4; Welle 3: 4,8) recht konstant über die verschiedenen Befragungswellen. Bei der Zufriedenheit mit der Beziehung zeigen sich Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Mit einem Mittelwert von jeweils 5,8 waren beide Gruppen vor den ersten Einschränkungen ähnlich zufrieden. Während sich an der durchschnittlichen Zufriedenheit von Männern wenig änderte (Welle 1: 5,9; Welle 2: 5,7; Welle 3: 5,9), sank die Zufriedenheit bei Frauen in der zweiten Befragungswelle (Welle 1: 5,5; Welle 2: 4,9; Welle 3: 5,5).

Die Analyse zur Situation der Familie kann die Herausforderungen und Chancen nur annähernd darstellen und erlaubt aufgrund der Datenlage und des Stichprobenumfangs keine Aussagen über bestimmte Gruppen, wie Alleinerziehende, Familien mit geringem Einkommen, Familien mit Elternteilen in systemrelevanten Berufen, Familien mit Migrationsgeschichte oder Familien mit Coronaerkrankungen.

Wohnsituation

Der Lockdown im Zuge der Pandemie schränkte weite Teile des öffentlichen Lebens und außerhäusliche Aktivitäten ein – die Wohnung wurde zum vornehmlichen Lebensraum. Jedoch unterscheidet sich die Wohnungsgröße je nach Lebenssituation, Lage und sozioökonomischen Faktoren sowie auch die Wohnfläche, die jeder einzelnen Person zur Verfügung steht.

Im Jahr 2018 betrug die durchschnittliche Wohnungsgröße in Nordrhein-Westfalen 91,6 m². Dabei lebten Eigentümerhaushalte im Durchschnitt auf mehr Wohnfläche (119,3 m²) als Mieterhaushalte (70,9 m²). Darüber hinaus variiert die zur Verfügung stehende Wohnfläche auch mit der Lebenssituation. Singlehaushalte (62,2 m²), Alleinerziehende (84,4 m²) und Seniorenhaushalte (88,0 m²) hatten eine Wohnfläche unter dem Durchschnitt aller Haushalte in Nordrhein-Westfalen. Über dem Durchschnitt lagen Paarhaushalte ohne (98,5 m²) und mit Kindern (116,2 m²) sowie andere Haushalte ohne (112,8 m²) und mit Kindern (157,4 m²) (MAGS 2020, S. 128 f.).

Schon der Sozialbericht NRW 2020 zeigte auf, dass durchschnittlich 17,2 % der Mieterhaushalte die Mindestwohnfläche der „Kölner Empfehlungen“¹³ unterschritten. Eigentümerhaus-

¹³ „Die sogenannten ‚Kölner Empfehlungen‘ wurden erstmals 1957 vom ‚Ständigen Ausschuss Miete und Familieneinkommen‘ im ‚Internationalen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und

halte waren in deutlich geringerem Umfang betroffen (2,3 %). In Großstädten (mit 500 000 und mehr Einwohner/-innen) war fast jeder vierte Haushalt betroffen (22,1 %). Vor allem den Haushaltstypen „Sonstige Haushalte mit Kindern“¹⁴ (insgesamt: 23,9 %; darunter Mieterhaushalte: 44,3 %) und „Paare mit Kindern“ (insgesamt: 21,9 %; darunter Mieterhaushalte: 39,7 %) stand oft zu wenig Wohnraum zur Verfügung (MAGS 2020, S. 130).

Ebenso sind überdurchschnittlich häufig einkommensarme Haushalte¹⁵ von beengten Wohnverhältnissen betroffen. 27,2 % der einkommensarmen Haushalte waren 2018, gemessen an der Zahl der Haushaltsmitglieder, mit einer zu geringen Wohnfläche versorgt. Auch unter den einkommensarmen Haushalten waren die Haushaltstypen „Sonstige Haushalte mit Kindern“ (46,4 %) und Paarhaushalte mit Kindern (61,0 %) besonders häufig betroffen (MAGS 2020, S. 294 f.).

Eine Analyse der WZB-Daten gibt einen Eindruck, wie sich die Zufriedenheit mit der Wohnsituation¹⁶ der Befragten in Nordrhein-Westfalen im Zuge der Coronapandemie entwickelt hat. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Belegung der Wohnung mit einer anderen Definition gemessen wird, als in den zuvor zitierten Auswertungen des Sozialberichts.

In Tabelle 2 wird die Zufriedenheit der Befragten mit den aktuellen Wohnverhältnissen im Zeitverlauf der Coronapandemie dargestellt. Die Klassifizierung der Wohnsituation erfolgt gemäß der Eurostat-Definition und orientiert sich nicht an den verfügbaren Quadratmetern pro Person, sondern an der Anzahl der Räume im Haushalt. Während der ersten Befragungswelle war der überwiegende Teil der Befragten mit den Wohnverhältnissen „zufrieden“ bis „sehr zufrieden“. Allerdings ist bereits hier zu sehen, dass die Personen, die in einer „überbelegten“ oder „adäquaten“ Wohnung lebten, häufiger unzufrieden waren, als Personen, die in einer „unterbelegten“ Wohnung wohnten.

Raumordnung‘ formuliert und im Jahre 1971 in einer revidierten Fassung vorgelegt. Sie definieren eine Mindestanforderung bezüglich der Wohnungsgröße für Haushalte verschiedener Haushaltsgrößen. An der Erarbeitung waren Expertinnen und Experten und Verbände aus dreizehn Ländern beteiligt.“ (MAGS 2020, S.129)

¹⁴ „Sonstige Haushalte mit Kindern“ sind Haushalte mit zwei Erwachsenen, die kein Paar sind, und einem oder mehreren Kindern sowie Haushalte mit mehr als zwei erwachsenen Personen und Kindern.

¹⁵ Haushalte mit einem Äquivalenzeinkommen (neue OECD-Skala) von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der nordrhein-westfälischen Bevölkerung.

¹⁶ Die Kategorisierung der Belegung erfolgt anhand der Eurostat-Definition; Quelle: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:Under-occupied_dwelling; Zugriff am: 01.09.2021

Tabelle 2: Zufriedenheit der Befragten nach Welle und Wohnsituation (in Prozent)

Befragungswelle	Wohnsituation	sehr unzufrieden	unzufrieden	eher unzufrieden	neutral	eher zufrieden	zufrieden	sehr zufrieden
Welle 1	überbelegt	0,5	20,0	5,1	20,9	3,5	41,0	9,0
	adäquat	1,0	10,0	4,9	10,8	19,3	40,9	13,0
	unterbelegt	1,2	5,7	11,4	5,9	23,0	37,8	15,0
Welle 2	überbelegt	0,0	11,6	32,7	9,3	20,5	22,6	3,3
	adäquat	3,5	8,4	8,5	11,0	42,7	10,4	15,5
	unterbelegt	0,7	4,7	6,0	16,3	22,4	33,7	16,2
Welle 3	überbelegt	1,8	13,2	25,8	15,3	17,9	16,7	9,4
	adäquat	4,1	14,6	13,2	10,2	20,7	27,5	9,7
	unterbelegt	0,3	0,9	3,5	11,7	22,2	47,0	14,3

Quelle: WZB Online-Umfrage zum Corona Alltag, eigene Berechnungen

In der zweiten Befragungswelle hat sich die Zufriedenheit der Personen in unterbelegten Wohnungen etwas verbessert. Lediglich die mittlere Gruppe („neutral“) hat deutlich zugenommen, während die Antwort „eher unzufrieden“ einen leichten Rückgang verzeichnete. Im Gegensatz dazu zeigte sich bei den Befragten in überbelegten Wohnungen eine negative Entwicklung. Antworteten in der ersten Welle noch über 50 % der Befragten „eher zufrieden“ oder positiver eingestellt zu sein, waren es in der zweiten Welle nur noch etwa 45 %. Zudem stieg der Anteil an eher unzufriedenen Personen von 5,1 % auf 32,7 % deutlich. Insgesamt äußerten sich 44,3 % der Befragten in überbelegten Wohnungen unzufrieden. Auch bei Befragten in adäquaten Wohnungen ging die Zufriedenheit insgesamt zurück. In der ersten Befragungswelle waren noch 15,8 % mit der Wohnsituation unzufrieden. In der zweiten Welle stieg der Anteil auf 20,4 %. In der dritten Welle wird dieser Negativtrend bei Befragten in überbelegten oder adäquaten Wohnungen beibehalten. Zwar geht der Anteil der allgemein Unzufriedenen in überbelegten Wohnungen leicht zurück, jedoch sind die Befragten unzufriedener als noch in der zweiten Welle. Bei Befragten in adäquaten Wohnungen nahm der Anteil von unzufriedenen Personen in der dritten Welle auf 31,9 % zu und stieg somit um 11,5 % Prozentpunkte. Dagegen hat sich die Wohnzufriedenheit bei Personen in unterbelegten Wohnungen in der dritten Welle verbessert, so dass 4,7 % unzufrieden oder eher unzufrieden waren.

Homeoffice

Seit Beginn der Coronapandemie im März 2020 bestimmen Anpassungen und Einschränkungen das öffentliche und private Leben. Diese Anpassungen finden sich auch in der Arbeitswelt wieder. Das Homeoffice wurde zum zentralen Mittel, um Betriebe auch während der Pandemie arbeitsfähig zu halten. Der Anteil an Beschäftigten im Homeoffice lag vor der Coronapandemie laut Eurostat bei 5,2 % (Eurostat 2021). Frodemann u. a. stellen fest, dass 44 % der Personen,

die nach eigener Einschätzung die Möglichkeit hatten im Homeoffice zu arbeiten, dies bereits vor der Coronapandemie wahrgenommen haben (Frodemann u. a. 2021).

Im Ergebnis stimmen die vorliegenden Studien darin überein, dass die Homeoffice-Anteile seit dem Beginn der Coronapandemie stark angestiegen sind. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ging im Februar 2021 davon aus, dass „annähernd jeder zweite abhängig Beschäftigte in Deutschland zumindest stundenweise im Homeoffice“ und „gut jeder dritte abhängig Beschäftigte“ überwiegend im Homeoffice arbeitete (BMAS 2020, S. 13). Zwar variierte dieser Anteil mit jeder Coronawelle, jedoch ist festzuhalten, dass alle Studien einen allgemeinen Anstieg an im Homeoffice verrichteter Erwerbstätigkeit verzeichneten (BMAS 2020, Ahlers/Mierich/Zucco 2021, Frodemann u. a. 2021, Stürz u. a. 2020).

Einflussfaktoren

Mit Hilfe aktueller Studien sind einige Faktoren zu erkennen, die Einfluss auf die Tätigkeit im Homeoffice nehmen. Das ifo-Institut konnte in einer Unternehmensbefragung ermitteln, dass bereits vor der Coronakrise 74 % der Beschäftigten in großen Unternehmen (>500 Beschäftigte) regelmäßig im Homeoffice tätig waren, während in kleinen Unternehmen der Anteil bei 42 % lag. Dieser Anteil wurde im Zuge der Coronapandemie in Großunternehmen auf 97 % gesteigert (Demmelhuber u. a. 2020). Diesen Trend konnte auch das WSI in einer Studie ermitteln: „Zudem sind die Befragten, die im Homeoffice arbeiten, tendenziell in größeren Betrieben beschäftigt“ (Ahlers/Mierich/Zucco 2021). Für die Inanspruchnahme des Homeoffice ist ebenso von Bedeutung, in welchem Wirtschaftszweig das Unternehmen und in welcher Rolle die Person tätig ist. Fachkräfte (64 %) arbeiteten deutlich häufiger im Homeoffice als die mittlere oder obere Managementebene. Zudem war die Arbeit von zu Hause im Dienstleistungs- und Handelssektor (Ernst u. a. 2020, Demmelhuber u. a. 2020, Ahlers/Mierich/Zucco 2021) stärker vertreten als in der Industrie und im Handwerk oder dem öffentlichen Dienst (Ernst u. a. 2020).

Des Weiteren geht aus einer Ad-hoc-Studie der TH Köln hervor, dass vor allem Befragte mit einem Master- (38 %) oder Bachelorabschluss (27 %) im Homeoffice oder mobil tätig sind (Ernst u. a. 2020). Zu ähnlichen Erkenntnissen gelangen Studien des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, wonach „knapp zwei Drittel der abhängig Beschäftigten mit Abitur oder Studienabschluss angaben, im Februar 2021 im Homeoffice tätig zu sein“ (BMAS 2020, S. 16) und des WSI, die besagt, dass „Hochschulabsolventen deutlich häufiger im Homeoffice arbeiten als Personen ohne Universitätsabschluss“ (Ahlers/Mierich/Zucco 2021, S. 8). Sowohl das WSI als auch das Bayerische Forschungsinstitut für Digitale Transformation (bidt) konnten in ihren Studien aufzeigen, dass Personen mit hohem Einkommen häufiger im Homeoffice tätig waren. Inwieweit das Geschlecht eine Rolle für die Tätigkeit im Homeoffice spielt, geht aus den Studien nicht klar hervor und liefert widersprüchliche Ergebnisse (Demmelhuber u. a. 2020, Ahlers u. a. 2021, Frodemann u. a. 2021).

An dieser Stelle sei noch einmal erwähnt, dass die Studien auf unterschiedlichen Stichproben basieren und somit unterschiedliche Ergebnisse liefern. Trotzdem zeigen alle Studien klare Tendenzen hinsichtlich des Anstiegs der Erwerbstätigkeit im Homeoffice.

Hindernisse und Probleme

Das Homeoffice wurde pandemiebedingt, praktisch über Nacht, zu einer weit verbreiteten Arbeitsweise. Die abrupte Umstellung des Arbeitens bietet Unternehmen und Beschäftigten eine Reihe von neuen Möglichkeiten, schafft aber auch neue Herausforderungen.

Diverse Studien weisen Herausforderungen in Form von technischen Schwierigkeiten, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mangelnder Kommunikation mit Kolleginnen und Kollegen und sinkender Produktivität als zentrale Problemstellungen des Homeoffice aus. Außerdem verwiesen einige Beschäftigte darauf, dass das Tätigkeitsfeld nicht für das Homeoffice geeignet sei oder das Homeoffice nicht vom Arbeitgeber gewollt werde. Technische Probleme drückten sich vor allem in mangelnder Bandbreite bei der Datenübertragung zu Hause und nicht verfügbarer Hardware aus. Diese Hindernisse gab es in allen Studien, es zeigte sich jedoch, dass Unternehmen, in denen Homeoffice vorher schon zum Arbeitsalltag gehörte, die Umstellung leichter fiel (Stürz u. a. 2020). Zwar konnten technische Probleme mit der Zeit abgebaut werden, jedoch weisen alle Studien darauf hin, dass technische Lösungen wie E-Mails, Telefon- und Videokonferenzen den unmittelbaren Kontakt zu Kolleginnen und Kollegen nicht ersetzen können. Die Studie des WSI stellt fest, dass mit zunehmender Zeit im Lockdown der Wunsch nach persönlicher Kommunikation zunahm (Ahlers/Mierich/Zucco 2021).

Ein weiteres Problem ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zahlreiche Studien benennen hier Vor- und Nachteile (Ahlers/Mierich/Zucco 2021, Demmelhuber u. a. 2020, BMAS 2020, Frodemann u. a. 2021). Ein Problem ist die mit dem Homeoffice einhergehende Doppelbelastung durch die parallele Kinderbetreuung (Ahlers/Mierich/Zucco 2021, Ernst u. a. 2020). Gleichzeitig werde die klare Trennung zwischen Beruf und Privatleben aufgehoben (Frodemann u. a. 2021, BMAS 2020, Ahlers/Mierich/ Zucco 2021). Während des Lockdowns war das Homeoffice für Eltern demgegenüber oft jedoch auch die einzige Möglichkeit, die Versorgung von kleinen Kindern zu gewährleisten. Gerade deshalb wird Homeoffice gleichzeitig aber auch als Mittel gesehen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu steigern (Ahlers/Mierich/Zucco 2021).

Die Produktivität im Homeoffice wird je nach Studie unterschiedlich bewertet. Während einige Studien darauf hinweisen, dass die Produktivität weder zu- noch abgenommen habe (Ernst u. a. 2020, Demmelhuber u. a. 2020), zeigen andere Studien auf, dass die Effizienz der Arbeit durch das Homeoffice sogar gesteigert werden konnte (Frodemann u. a. 2021, Ahlers/Mierich/Zucco 2021). Jedoch schätzten sich nur etwa die Hälfte der Führungskräfte im Homeoffice produktiver ein, als im Unternehmen (Ernst u. a. 2020).

Für die Zustimmung zum Homeoffice spielt auch die Wohnungssituation eine Rolle: Ist genügend Wohnraum vorhanden für ein eigenes Arbeitszimmer und verfügt der Haushalt über

Balkon oder Garten? Die Studie des WSI zeigt, dass diese Faktoren die Zufriedenheit im Homeoffice steigerten. So hatten 82 % der Personen in geräumigen Wohnverhältnissen den Wunsch nach mehr Homeoffice. Allerdings war dieser Wunsch auch bei 73 % der Personen mit kleinen Wohnungen vorhanden (Ahlers/Mierich/Zucco 2021). Allgemein wird deutlich, dass sich die Beschäftigten zukünftig mehr Homeoffice und Flexibilität bei der Umsetzung wünschen (Stürz u. a. 2020, Frodemann u. a. 2020).

Homeschooling

Schule und Kindergartenbetreuung waren über lange Zeiträume nicht verfügbar und zwangen die Eltern, die tägliche Sorgearbeit ausschließlich zu Hause durchzuführen. Schulpflichtige Kinder wurden somit im Fernunterricht oder Homeschooling unterrichtet. Eine bundesweite Studie der Universität Koblenz Landau hat ermittelt, dass überwiegend Mütter (81 %) die Aufgabe des Heimunterrichts hauptverantwortlich übernommen haben. In 22 % der Fälle fühlten sich die Eltern gemeinsam für das Homeschooling verantwortlich. Es ist anzumerken, dass an der Studie überwiegend Eltern mit hohem Bildungsabschluss teilgenommen haben und Eltern mit geringerem Bildungsabschluss kaum vertreten waren (Wildemann/Hosenfeld 2020).

Die Kommunikation zwischen Schülerschaft und Lehrenden verläuft im Homeschooling ausschließlich digital. Der Austausch von Aufgaben und Ergebnissen findet über Lernplattformen, E-Mails oder andere Medien wie Fotos statt. Die Korrektur der Aufgaben wurde oft selbst online durchgeführt oder dem Lehrenden per Mail zugeschickt. Allerdings berichteten die befragten Schülerinnen und Schüler, dass eine Korrektur durch die Lehrkräfte eher sporadisch und nur in einigen Fächern erfolgt sei. Einen persönlichen Kontakt zu Lehrenden über Videokonferenzen oder Telefon gab es selten oder nie. Trotzdem fühlte sich der überwiegende Teil der Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen gut betreut (Unger u. a. 2020).

Vorteile sahen die Schülerinnen und Schüler in der Flexibilisierung und Individualisierung des Arbeitens im Fernunterricht und der damit verbundenen Möglichkeit des Ausschlafens. Viele gaben zudem an, zu Hause mehr Ruhe zu haben und sich besser konzentrieren zu können. Als nachteilig wurden vor allem ein Mangel an Kommunikation und fehlende Rückmeldungen von den Lehrkräften wahrgenommen. Zudem sei die Aufgabenlast zu groß, es mangle an Motivation und die sozialen Kontakte würden fehlen. Rund ein Viertel der Schülerinnen und Schüler empfand sich als unmotiviert (Unger u. a. 2020). Dem gegenüber schätzte fast die Hälfte der Eltern (48,5 %), dass ihre Kinder motiviert seien und das Homeschooling gut akzeptieren würden. 70,8 % der Eltern gaben an, ihr Kind im Homeschooling zu motivieren. Kritisch wurden eher die gestellten Aufgaben betrachtet. Diese seien nicht abwechslungsreich und kaum kreativ. Die Schwierigkeit der Aufgaben bewerteten die Eltern als eher gering. Auch die Eltern hatten selten Kontakt zu den Lehrkräften und gaben an, dass die Kinder gelegentlich bis nie eine Rückmeldung auf die bearbeiteten Aufgaben erhalten. Etwa die Hälfte (52,3 %) der befragten Eltern würde sich mehr Rückmeldungen seitens der Schule wünschen (Wildemann/Hosenfeld 2020).

Wesentliche Grundvoraussetzungen für das Homeschooling sind der Zugang zum Internet und internetfähige Geräte. In der betrachteten Studie verfügten 93 % der Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen über die notwendige Hardware, um die Aufgaben zu erhalten, rund 90 % hatten WLAN in ausreichender Qualität zu Hause. Smartphones wurden am häufigsten genutzt, um die bereitgestellten Aufgaben zu bearbeiten und 80 % der Schülerinnen und Schüler gaben an, im Bedarfsfall auch einen PC oder Laptop nutzen zu können. Schülerinnen und Schüler aus Familien mit niedrigerem sozioökonomischen Status wurden häufiger während des Fernunterrichts gestört. Dies korreliert aber nicht signifikant mit der Selbsteinschätzung der Schülerinnen und Schüler, sich schlechter konzentrieren zu können als in der Schule oder dem Verständnis der Aufgaben (Unger u. a. 2020).

4. Gesundheit

Gesundheit von Kindern und Jugendlichen

Kinder, Jugendliche und Familien zählen zu den psychisch besonders gefährdeten Personen in der Coronapandemie. Kontaktbeschränkungen, Schließungen von Schulen und Einrichtungen der Kindertagesbetreuung, der Wegfall von sonstigen Freizeitangeboten (z.B. Breitensport) sowie soziale und körperliche Distanzierung verändern den Alltag drastisch. Während seitens der amtlichen Statistik hierzu keine Daten für Nordrhein-Westfalen existieren, liefert die bundesweite CoPsy-Studie¹⁷ (Corona und Psyche) Informationen zur seelischen Gesundheit und psychischen Belastung von Kindern und Jugendlichen in Folge der Covid-19-Pandemie in Deutschland. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit einer nach Selbsteinschätzung geminderten Lebensqualität hat sich verdoppelt. Waren es vor der Pandemie drei von zehn Kindern, stieg der Anteil auf sechs in der ersten Befragung im Mai/Juni 2020 und auf sieben von zehn Kindern in der zweiten Befragung im Dezember 2020/Januar 2021. Vier von fünf Kindern gaben in der zweiten Befragung an, sie fühlten sich durch die Pandemie äußerst/ziemlich belastet. Sorgen und Ängste, depressive Symptome und psychosomatische Beschwerden haben zugenommen. Den Forschenden zufolge waren vor allem Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Verhältnissen oder mit Migrationshintergrund betroffen (UKE 2021).

Dass Kinder und Jugendliche sich häufig Sorgen machten, zeigt eine im Auftrag der DAK Gesundheit durchgeführte Studie¹⁸, mit 1 005 befragten Eltern und deren Kindern im Alter zwischen 10 und 17 Jahren. 18 % der befragten Kinder und Jugendlichen machten sich häufig Sorgen wegen der Auswirkungen der Coronakrise, z. B. auf die Gesellschaft, auf ihre Schulzeit oder auf die Wirtschaft¹⁹ (forsa 2020, S. 17). Über ein Drittel der im Rahmen der JuCo-Studie²⁰ befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 30 Jahren gab an, sich in der aktuellen Situation einsam zu fühlen (Andresen u. a. 2020, S. 9). Den Forschenden zufolge machten sich diejenigen Befragten um die persönliche Zukunft Sorgen, welche über nur geringe finanzielle Ressourcen verfügen oder an institutionellen Übergängen in ihrer Biographie stehen (Andresen u. a. 2020, S. 7). Jugendliche sorgten sich auch über die langfristigen Folgen der Coronapandemie. Ein Fünftel der Jugendlichen stimmte der Aussage „ich

¹⁷ Im Rahmen der von der Forschungsabteilung Child Public Health am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf bundesweit durchgeführten Onlinebefragung wurden 1 040 Kinder und Jugendliche im Alter von 11 bis unter 18 Jahren sowie 1 589 Eltern zu den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die psychische Gesundheit, Lebensqualität und das Gesundheitsverhalten befragt. Dargestellt werden hier die Ergebnisse der ersten Erhebungswelle im Mai/Juni 2020 und zweiten Erhebungswelle im Dezember 2020/Januar 2021 der Längsschnittstudie.

¹⁸ forsa Politik- und Sozialforschung GmbH führte im Auftrag der DAK Gesundheit eine Eltern-Kind-Befragung zum Thema „Homeschooling in Corona-Zeiten“ durch.

¹⁹ 42 % machen sich deswegen manchmal Sorgen, selten sorgen sich 25 %, 12 % der befragten Kinder und Jugendlichen machen sich nie Sorgen.

²⁰ Im Zeitraum 09.–22.11.2020 haben über 7 000 junge Menschen im Alter zwischen 15 und 30 Jahren an der Befragung JuCo2 teilgenommen (Andresen u. a. 2020, S.5f.).

habe Angst vor meiner Zukunft“ voll zu (Andresen u. a. 2020, S. 7). Auch zeigt die CoPsy-Studie, dass sich das Gesundheitsverhalten der Kinder seit Beginn der Covid-19-Pandemie in Deutschland weiter verschlechtert hat. Doppelt so viele Kinder übten keinen Sport aus (UKE 2021, S. 2). Studienergebnisse des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT), die Kinder und Jugendliche zwischen 4 und 17 Jahren befragten, zeigen, dass sich die körperliche Aktivität von Kindern und Jugendlichen im zweiten Lockdown verringert hat. Bewegten sich im Frühjahr 2020 die befragten Kinder und Jugendlichen durchschnittlich 144 Minuten am Tag, waren es im Frühjahr 2021 nur noch 61 Minuten (KIT 2021)²¹. Eine Analyse der WZB-Befragung (vgl. Kapitel 3) zeigt eine Zunahme der täglichen Bildschirmzeit bei den befragten Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen.²² Zwei Drittel geben an, dass ihre durchschnittliche tägliche Bildschirmzeit im Vergleich zur Nutzung vor den Kita- und Schulschließungen zum Teil deutlich gestiegen ist. Für ein Drittel ist das Nutzungsverhalten in etwa unverändert geblieben.

Im Jahr 2020 wurden von den nordrhein-westfälischen Jugendämtern 54 347 Verfahren zur Einschätzung eines Verdachts auf Kindeswohlgefährdung bearbeitet. Das waren 9,3 % mehr als im Jahr 2019 (49 707). In 13,3 % der Fälle (7 219) wurde eine akute Gefährdung des Kindeswohls festgestellt. Das waren 1,8 % mehr als im Vorjahr (7 094). In 6 951 Fällen (12,8 %) bestand eine latente Gefährdung²³ (+3,5 % gegenüber 2019). In 18 588 Fällen (34,2 %) wurde zwar keine Kindeswohlgefährdung, jedoch ein Hilfebedarf festgestellt²⁴ (+10,6 % gegenüber 2019).

Der Kinder- und Jugendreport NRW²⁵, welcher von der Universität Bielefeld im Auftrag der DAK-Gesundheit durchgeführt wurde, beschreibt die Krankenhausversorgung für Kinder und Jugendliche während der Pandemie. Basis der Analyse sind Krankenhausaufenthalte DAK-versicherter Kinder und Jugendlicher im Alter bis 17 Jahren im ersten Halbjahr 2019 und ersten Halbjahr 2020. Demnach gab es während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 41 % weniger Krankenhausbehandlungen und 43 % weniger Operationen bei DAK-versicherten Kindern und Jugendlichen. Für eine verminderte Krankenhausinanspruchnahme gibt es eine Vielzahl möglicher Ursachen, wie den Aufschub geplanter, nicht dringlicher Operationen, um Behandlungskapazitäten freizuhalten, und den Ausbau zusätzlicher Versorgungsstrukturen wie telemedizinischer Versorgungskonzepte (Günster u. a. 2020). Auch haben Patienten mit nicht vital bedrohlichen Erkrankungen Klinikaufenthalte verschoben (Günster u. a. 2020, S. 10 f.). Neben einem Rückgang an kontaktassoziierten Infektionskrankheiten und bewe-

²¹ Vor der Pandemie bewegten sich Kinder und Jugendliche durchschnittlich 107 Minuten pro Tag.

²² Gefragt wurde: „Wie hoch war die tägliche Bildschirmzeit bevor die Schulen und Kitas geschlossen wurden?“ Die Antwortmöglichkeiten waren: deutlich weniger/ weniger/ in etwa gleich/ mehr/ deutlich mehr.

²³ D. h. die Frage, ob gegenwärtig eine Gefahr besteht, konnte nicht eindeutig beantwortet, eine Kindeswohlgefährdung jedoch nicht ausgeschlossen werden.

²⁴ In 21 589 Verdachtsfällen (39,7 %) ergab sich, dass weder eine Kindeswohlgefährdung noch ein Hilfebedarf bestand (+13,1 % gegenüber 2019).

²⁵ Analyse der Krankenhausaufenthalte DAK-versicherter Kinder und Jugendlicher bis 17 Jahren aus dem ersten Halbjahr 2019 und 2020.

gungsassoziierten Verletzungen, welche als logische Konsequenz der Kontaktbeschränkungen gesehen werden können (PM DAK), zählen zu den Top 10 Diagnosen mit dem größten Fallzahlrückgang an hospitalisierten Kindern und Jugendlichen Klinikaufenthalte auf Grund von Diabetes Typ 1-Erkrankungen (–34 %), stationäre Behandlungen aufgrund von Anpassungs- und Belastungsstörungen (–43 %) sowie emotionalen Störungen (–39 %) (Greiner u.a. 2021).²⁶

Gesundheit von Erwachsenen unterschiedlicher Altersgruppen

Die Krankenkassendaten der AOK Rheinland/Hamburg zeigen, dass mit Arbeitslosigkeit ein erhöhtes Risiko für einen Covid-19 bedingten Krankenhausaufenthalt für Menschen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland einhergeht.²⁷ Der Studie nach gibt es ein um 1,29-mal höheres Risiko für einen Covid-19 bedingten Krankenhausaufenthalt für Arbeitslose im Arbeitslosengeld I-Bezug und ein um 1,94-mal höheres Risiko für Langzeitarbeitslose im Arbeitslosengeld II-Bezug gegenüber Erwerbstätigen (Wahrendorf u. a. 2021). Die Forschenden sehen eine mögliche Erklärung in der Ungleichheit der Exposition gegenüber dem Virus. Sozioökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen wohnen häufiger in ungünstigen Wohnverhältnissen und arbeiten häufiger in Berufen, in denen die Wahrscheinlichkeit mit dem Virus in Kontakt zu kommen erhöht ist. Hingegen haben Personen mit höheren Einkommen häufiger die Möglichkeit der schützenden Heimarbeit.²⁸ Eine weitere Erklärung wird in der Ungleichheit der Vulnerabilität gesehen. So sind sozioökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen häufiger von Vorerkrankungen und Risikofaktoren wie Übergewicht und Rauchen betroffen (MAGS 2020, S. 54). Eine dritte Erklärung sind Ungleichheiten in der Versorgung.²⁹

Außerdem benennen mehrere Studien für erwachsene Menschen psychosoziale Belastungen unter den Bedingungen von Lockdown und Kontaktbeschränkungen. So zeigen die Ergebnisse der Stu.di.Co-Studie, dass Studierende soziale Beeinträchtigungen in ihrem Alltag erlebten. In der Studie wurden bundesweit 3 000 Studierende online zu dem durch die Pandemie veränderten Studienalltag im digitalen Sommersemester 2020 befragt. 21,6 % der Befragten hatten Sorgen, das Studium unter den veränderten Bedingungen nicht erfolgreich abschließen zu können. 47,5 % der Befragten stimmten der Aussage zu, darüber nachzudenken, ihr Studium freiwillig zu verlängern, 36,3 % gaben an, über eine Alternative zum Studium nachgedacht zu haben (Traus u. a. 2020).

²⁶ Hauptdiagnosen mit n > 20 Fällen berücksichtigt (DAK 2020).

²⁷ Verwendet wurden Krankenkassendaten der AOK Rheinland/Hamburg (vom 01.01.2020 bis zum 18.06.2020) mit Daten zu 1 288 745 Personen zwischen 18 und 65 Jahren.

²⁸ Mit Ausnahme der Berufe in der Gesundheitsversorgung (Quelle: Bundesgesundheitsblatt, Gesundheitsforschung Gesundheitsschutz 3-2021).

²⁹ Zugang zu Versorgungen inklusive Testmöglichkeiten, und Gesundheitskompetenz oder verspätete Einweisung und Impfverhalten.

Erste Ergebnisse zu psychosozialen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Bevölkerung sind in der Nationalen Kohorten Studie (NAKO-Studie) veröffentlicht worden.³⁰ Fast 80 % der Teilnehmenden gaben im Mai 2020 ein Gefühl „des Fehlens der Gesellschaft anderer“ an und 34,9 % fühlten sich „sozial isoliert“. Demnach haben sich bereits im Frühjahr 2020, während der ersten Welle der Pandemie, depressive Symptome sowie Angst- und Stresssymptome in der Bevölkerung verstärkt (Berger u. a. 2021). Informationen zu den erlebten Gefühlen seit den ersten Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie liefert die Analyse der oben angeführten WZB-Studie für Nordrhein-Westfalen. 37,4 % der Befragten gaben an, sich manchmal niedergeschlagen, hoffnungslos oder angestrengt zu fühlen, rund 20 % hatten die genannten Empfindungen die meiste oder die ganze Zeit³¹. Demgegenüber beantwortete die Hälfte der Befragten die Frage danach, wie sie ihren derzeitigen physischen Gesundheitszustand beschreiben, als sehr gut oder gut. Einer von vier Befragten beurteilte seinen Gesundheitszustand als zufriedenstellend und ebenfalls einer von vier Befragten als weniger gut oder schlecht. Daneben wurde auch die subjektive Einschätzung des physischen Gesundheitszustandes vor dem 16. März 2020 erfragt. Für über ein Viertel (26,6 %) der Befragten hatte sich der Gesundheitszustand verschlechtert. Sieben von zehn Befragten beurteilten ihren Gesundheitszustand als gleichbleibend.³²

Die Studie Gesundheit in Deutschland aktuell (RKI 2020a) analysiert Veränderungen des Gesundheitszustandes, des Gesundheitsverhaltens und der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen während der Anfangsphase der Pandemie. Studienergebnisse zeigen eine Zunahme des Körpergewichts und des BMI.³³ Gesunken war der Anteil an Tabakrauchenden in der Bevölkerung. Vorübergehend gab es eine starke Abnahme bei der Inanspruchnahme der allgemein- und fachärztlichen Leistungen. Die medizinische Grundversorgung wurde die gesamte Zeit aufrechterhalten, gleichwohl hat die Bevölkerung offenbar verstärkt auf die Inanspruchnahme ambulant ärztlicher Leistungen verzichtet. Auch konnte in Deutschland

³⁰ Welche Auswirkungen Infektionen mit dem Corona-Virus SARS-CoV-2 und die Schutzmaßnahmen auf die Menschen in Deutschland haben, beantwortet eine Sonderbefragung der NAKO Gesundheitsstudie. In die Auswertung der Sonderbefragung gehen 113 928 Rückantworten ein (Berger u.a.:2021).

³¹ Auswertungen zur ersten Befragungswelle. Nie oder sehr selten antworteten rund 42 %. Für die Befragungswellen zwei und drei zeigt sich eine ähnliche Verteilung.

³² Eigene Auswertungen zur ersten und dritten Befragungswelle. Gefragt wurde: „Wie würden Sie Ihren derzeitigen physischen Gesundheitszustand beschreiben?“ sowie in einer separaten Frage: „Wie würden Sie Ihren physischen Gesundheitszustand vor Beginn der Maßnahmen gegen die Coronapandemie beschreiben?“

³³ Eine Zunahme des Bewegungsmangels sowie durch die Coronapandemie verstärkte Gewichtszunahme konnten unter anderem auch die Forschenden der Forsa-Studie: Lebensstil und Ernährung von Erwachsenen in Corona-Zeiten, welche das Else Kröner Fresenius Zentrum für Ernährungsmedizin (EKfZ) an der Technischen Universität München gemeinsam mit dem Meinungsforschungsinstitut Forsa durchführte, feststellen. In der Online-Erhebung wurden mittels eines systematischen Zufallsverfahrens 1 001 Teilnehmende im Alter von 18 bis 70 Jahren im Zeitraum vom 12. bis 27. April 2021 zu Lebensstil und Ernährungsverhalten in Zeiten der Coronapandemie befragt. Demnach bewegen sich 52 % der Befragten seit Beginn der Corona-Krise weniger als vorher. „Je höher der BMI, desto häufiger geben die Befragten an, dass sie sich jetzt weniger bewegen“ (Technische Universität München 2021).

insgesamt ein Rückgang bei der Inanspruchnahme der Krankenhausversorgung festgestellt werden.

Die Auswirkungen der Coronapandemie auf die Menschen im mittleren und hohen Erwachsenenalter waren Gegenstand einer Kurzbefragung im Rahmen des Deutschen Alterssurvey im Juni/Juli 2020.³⁴ Maßnahmen wie Kontaktbeschränkungen griffen erheblich in die Ausgestaltung sozialer Beziehungen ein. Persönliche Kontakte waren meist nur auf Telefon und Internetkommunikation beschränkt. Kontaktbeschränkungen wurden bei Personen höheren Alters in stärkerem Maße umgesetzt, da die gesundheitlichen Auswirkungen einer Covid-19-Erkrankung bei älteren Menschen häufig ernsthafter sind als bei jüngeren Menschen (RKI 2020b). Demnach stieg die Einsamkeit in der Coronapandemie bei Menschen im mittleren und höheren Erwachsenenalter deutlich. Nahräumliche soziale Ressourcen wie Partnerschaften, Mehrpersonenhaushalte und Nachbarschaftsbeziehungen senkten hingegen die Einsamkeitsrate. Insgesamt zeigt die Untersuchung für alle Menschen einen Anstieg der Einsamkeit (Kortmann u. a. 2021). Anhaltende Einsamkeit kann schwerwiegende Folgen für die mentale und körperliche Gesundheit haben (Hawkley/Cacioppo 2010; Huxhold/Engstler 2021; Luhmann/Bücker 2019).

Digitale Technologien bieten dabei das Potential, unter Einhaltung der Kontaktbeschränkungen den Alltag digital zu organisieren und soziale Kontakte zu pflegen. Sowohl bei der Verbreitung des Internetzugangs als auch bei der Internetnutzung bestehen Unterschiede zwischen Älteren und Jüngeren. Häufigste Nutzungsarten waren laut der Kurzbefragung des deutschen Alterssurvey die Pflege sozialer Kontakte sowie Unterhaltung und Kultur. Ein Fünftel der Befragten mit Internetzugang gab an, seit Pandemiebeginn das Internet häufiger zu nutzen. Die Intensivierung der Internetnutzung für private Zwecke fällt in den Altersgruppen unterschiedlich stark aus (Kortmann u. a. 2021).

³⁴ Befragt wurden 4 823 Menschen im Alter von 46 bis 90 Jahren in Privathaushalten.

5. Fazit

Seit dem Frühjahr 2020 haben sich durch die Ausbreitung des Coronavirus und die Maßnahmen zu seiner Eindämmung die sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch in Nordrhein-Westfalen in vielerlei Hinsicht geändert. Allmählich zeichnet sich ab, in welchem Ausmaß Arbeitsmarkt, Wirtschaft und der soziale Bereich davon betroffen sind. Viele aussagekräftige Statistiken werden erst mit einer gewissen Verzögerung ab Ende 2021 bis Mitte 2022 zur Verfügung stehen und weitere wichtige Hinweise liefern können. In dieser Kurzanalyse sollen die sozialen Auswirkungen dieser Krise auf die besonders vulnerablen Gruppen unserer Gesellschaft wie Kinder, Jugendliche, Alleinerziehende, Geringqualifizierte und -verdienende usw. beleuchtet werden. Auch unter dem Aspekt, dass die Pandemie soziale Probleme wie unter einem Brennglas verdichtet hervortreten lässt und gesellschaftliche Wandlungsprozesse beschleunigt. Dies lässt sich in mehreren Dimensionen der Untersuchung erkennen.

Die Wirtschaftskraft gemessen am Bruttoinlandsprodukt ging im Jahre 2020 zurück und dies in Nordrhein-Westfalen sogar überdurchschnittlich. Das hatte Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Durch das Instrument der Kurzarbeit konnte hier zwar eine deutliche Abfederung erzielt werden, so dass in 2020 vergleichsweise wenige Personen ihren sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz verloren haben, dennoch stieg die Arbeitslosenquote auf 7,5 % und damit um 1,3 Prozentpunkte zum Vorjahr. Zudem ergaben sich aus der Kurzarbeit für die betroffenen Personen Einkommenseinbußen, die auch Einfluss auf die Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe am öffentlichen Leben hatten. Die Beschäftigten mit niedrigem Einkommen waren fast doppelt so häufig in Kurzarbeit wie die Beschäftigten mit höherem Einkommen. So waren bundesweit 22,8 % der Beschäftigten mit einem individuellen Nettoeinkommen von 900 bis 1 500 Euro in Kurzarbeit, hingegen nur 11,9 % der Beschäftigten mit einem individuellen Nettoeinkommen von über 4 500 Euro.

Im Vergleich zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren geringfügig Beschäftigte stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Bis März 2021 ging in den fünf Wirtschaftszweigen Gastgewerbe, Kunst und Unterhaltung, verarbeitendes Gewerbe, Verkehr und Lagerei sowie sonstige Dienstleistungen die Anzahl der geringfügig Beschäftigten auf 1,54 Millionen zurück. Das waren etwa 778 000 weniger als im Dezember 2019. Damit ist eine Personengruppe besonders betroffen, bei der bereits vor der Pandemie überdurchschnittlich häufig Armutslagen auftraten. Die Armutsrisikoquote der Personen, die ausschließlich geringfügig beschäftigt waren, lag 2018 mit 23,4 % mehr als siebenmal so hoch wie bei abhängig Beschäftigten in einem unbefristeten Vollzeitverhältnis (3,1 %).

Während der Lockdowns und unter der Bedingung von Kontaktbeschränkungen war die Verlagerung des Arbeitsplatzes in das häusliche Umfeld eine Maßnahme, um die berufliche Arbeit fortzuführen. Mehrere Studien geben Hinweise darauf, dass Beschäftigte mit höherem Ein-

kommen sowie Beschäftigte mit höherer Qualifikation tendenziell häufiger im Homeoffice tätig waren.

Konkrete Auswirkungen der Coronapandemie auf die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen sind bisher empirisch noch nicht systematisch und umfassend erfasst. Deutlich wurde jedoch, dass die Ressourcen der jeweiligen Haushalte, ihre sozioökonomische Ausstattung, maßgeblich für die Gestaltung des Alltags der Kinder und des Lernens zu Hause war und ist.

So wurde die Wohnung im Lockdown zum vornehmlichen Lebensraum. Einkommensarme Haushalte leben jedoch überdurchschnittlich häufig in beengten Wohnverhältnissen. In 2018 waren 27,2 % der einkommensarmen Haushalte in Nordrhein-Westfalen, gemessen an der Zahl ihrer Mitglieder, mit einer zu geringen Wohnfläche versorgt. Besonders häufig betroffen waren die Haushaltstypen „Sonstige Haushalte mit Kindern“ (46,4 %) und Paarhaushalte mit Kindern (61,0 %).

Neben dem geringen Raum zum Wohnen und Lernen war für die Kinder und Jugendlichen in einkommensarmen Familien auch der Zugang zu digitalen Medien erschwert, wenn nicht unmöglich. Rund die Hälfte der 12-Jährigen hatte bundesweit 2017 und 2018 einen eigenen PC oder ein eigenes Tablet. Bei den Kindern in Familien mit Migrationshintergrund, mit mindestens zwei Geschwistern, in Familien mit ALG II-Bezug und in bildungsfernen Familien waren diese Anteile geringer.

2018 lebten in Nordrhein-Westfalen Personen, die von relativer Einkommensarmut betroffen sind, zu einem überdurchschnittlich hohen Anteil in einem Haushalt ohne Internetzugang (26,5 %). Zum Vergleich: Auf Personen, die in einem Haushalt mit Einkommen über der Armutsrisikoschwelle lebten, traf dies zu 11,9 % zu.

Neben Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Bildungsbereich haben die Pandemie und die Lockdowns außerdem Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen in unserem Land. Auch hier ist es so, dass einkommensärmere Menschen schon vor Corona besonderen Gesundheitsrisiken ausgesetzt waren. So belegen zahlreiche Studien, dass Krankheits- und Sterberisiken in der Bevölkerung ungleich verteilt sind und ein niedriger sozioökonomischer Status mit einer verringerten Lebenserwartung sowie einem erhöhten Risiko von chronischen Erkrankungen einhergeht. Des Weiteren ist der negative Effekt gut erforscht, den Arbeitslosigkeit auf den Gesundheitszustand hat.

Durch die pandemische Krise hat sich diese Situation zusätzlich verschärft. Vor allem Kinder und Jugendliche aus einkommensarmen Familien sind besonders betroffen. Die sozialen Unterschiede kommen besonders stark bei der psychischen Gesundheit zum Tragen. Die statistische Chance, von psychischen Auffälligkeiten oder von einer Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung (ADHS) betroffen zu sein, ist bei Mädchen und Jungen aus einkommensarmen Familien gegenüber Gleichaltrigen aus Familien mit höherem sozioökonomischen Status (schon vor Corona) um das 2,8- bis 4,4-Fache erhöht (bundesweite Studie: KiGGS Welle 2).

Schließungen von Schulen und Einrichtungen der Kindertagesbetreuung, der Wegfall von sonstigen Freizeitangeboten (z.B. Breitensport) sowie soziale und körperliche Distanzierung haben unter Corona den Alltag drastisch verändert und die Gefahr psychischer Erkrankungen besonders bei diesen Gruppen erhöht. Vier von fünf Kindern gaben in der zweiten Befragung (CoPSY) an, sie fühlten sich durch die Pandemie äußerst/ziemlich belastet. Sorgen und Ängste, depressive Symptome und psychosomatische Beschwerden haben zugenommen. Den Forschenden zufolge waren vor allem Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Verhältnissen oder mit Migrationshintergrund betroffen (UKE 2021).

Vor dem Hintergrund der dargestellten Folgen von Corona und den Lockdowns lautet das bisherige Fazit: Die Coronapandemie hat die einkommensärmeren Gruppen durchaus stärker und auf vielfältigere Weise getroffen als die ökonomisch gut gestellten. Dies ist zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, dass das Arbeits-, Lebens- und Wohnumfeld dieser Gruppen schon vor Corona besonders von Armut- und Ausgrenzungserfahrungen sowie den sozioökonomischen Folgen geprägt war. Ihre Situation hat sich durch Corona noch einmal verschlechtert.

Literatur

- Ahlers, Elke; Mierich, Sandra; Zucco, Aline (2021): Homeoffice. Was wir aus der Zeit der Pandemie für die zukünftige Gestaltung von Homeoffice lernen können. In: WSI (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung) (Hrsg.): WSI Report, Nr. 65, Düsseldorf.
https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_65_2021.pdf; Zugriff am: 27.08.2021
- Allmendinger, Jutta (2020): Zurück in alte Rollen. Corona bedroht die Geschlechtergerechtigkeit. In: WZB (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) (Hrsg.): WZB Mitteilungen Nr. 168, Juni 2020, Berlin.
<https://bibliothek.wzb.eu/artikel/2020/f-23092.pdf>; Zugriff am 02.09.2021
- Alon, Titan; Doepke, Matthias; Olmstead-Rumsey, Jane; Tertilt, Michèle (2020): The impact of COVID-19 on gender equality. In: NBER (National Bureau of Economic Research) (Hrsg.): Working Paper 26947.
https://www.nber.org/system/files/working_papers/w26947/w26947.pdf; Zugriff am: 11.08.2021
- Andresen, Sabine; Heyer, Lea; Lips, Anna; Rusack Tanja; Schröer, Wolfgang; Thomas, Severine; Wilmes, Johanna (2020): „Die Corona-Pandemie hat mir wertvolle Zeit genommen“ Jugendalltag 2020.
https://hildok.bsz-bw.de/files/1166/Heyer_JuCo_2.pdf; Zugriff am: 11.08.2021
- BA (Bundesagentur für Arbeit) (Hrsg.) (2020): Inanspruchnahme konjunkturelles Kurzarbeitergeld nach § 96 SGB III. Berichte: Arbeitsmarkt kompakt – Juli 2020.
<https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/202007/arbeitsmarktberichte/konjunkturelles-kurzarbeitergeld/konjunkturelles-kurzarbeitergeld-d-0-202007-pdf.pdf?blob=publicationFile&v=2>; Zugriff am: 11.08.2020
- BA (Bundesagentur für Arbeit) (Hrsg.) (2021): Der Ausbildungsmarkt im Beratungsjahr 2020/21. Berichte: Arbeitsmarkt kompakt – Juli 2021. Nürnberg.
<https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Fachstatistiken/Ausbildungsmarkt/Generische-Publikationen/AM-kompakt-Situation-Ausbildungsmarkt20-21.pdf>; Zugriff am: 26.08.2021
- Berger, Klaus; Riedel-Heller, Steffi; Pabst, Alexander; Rietschel, Marcella; Richter, Dirk (2021): Einsamkeit während der ersten Welle der SARS-CoV-2-Pandemie – Ergebnisse der NAKO-Gesundheitsstudie. In: Bundesgesundheitsblatt Nr. 64, S. 1157–1164; <https://doi.org/10.1007/s00103-021-03393-y>; Zugriff am: 11.08.2021
- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) (Hrsg.) (2021): Arbeitssituation und Belastungsempfinden im Kontext der Corona-Pandemie. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von abhängig Beschäftigten im Februar 2021. <https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb-570-arbeitssituation-belastungsempfinden-corona-pandemie.pdf?blob=publicationFile&v=2>; Zugriff am: 27.08.2021
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (Hrsg.) (2020): Familien in der Corona-Zeit: Herausforderungen, Erfahrungen und Bedarfe. Ergebnisse einer repräsentativen Elternbefragung im April und Mai 2020. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/familien-in-der-corona-zeit-herausforderungen-erfahrungen-und-bedarfe-163138>; Zugriff am: 27.08.2021
- DAK (2020): Psyche: Gravierende Pandemiefolgen für Kinder in NRW. Pressemitteilung vom 09.02.2021; <https://www.dak.de/dak/landesthemen/dak-sonderanalyse-2425490.html>; Zugriff am: 23.08.2021
- Demmelhuber, Katrin; Englmaier, Florian; Leiss, Felix; Möhrle, Sascha; Peichl, Andreas; Schröter, Theresa (2020): Homeoffice vor und nach Corona: Auswirkungen und Geschlechterbetroffenheit. In: ifo Institut (Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung) (Hrsg.) München. Ifo Schnelldienst Digital 14/2020; <https://www.ifo.de/publikationen/2020/aufsatz-zeitschrift/homeoffice-vor-und-nach-corona-auswirkungen-und>; Zugriff am: 27.08.2021
- Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, Minijob-Zentrale: Quartalsberichte. Aktuelle Entwicklungen im Bereich der Minijobs. Essen. <https://www.minijob-zentrale.de/>; Zugriff am: 24.08.2021
- Ernst, Christian (2020): Homeoffice im Kontext der Corona-Pandemie. Köln.
https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/aktuell/pm/2020/ad-hoc-studie_corona-homeoffice_2020-04-18.pdf; Zugriff am: 27.08.2021.

Eurostat (2021): Erwerbstätige, die von zu Hause aus arbeiten, als Prozentsatz der gesamten Beschäftigung, nach Geschlecht, Alter und Stellung im Beruf (%).

https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/lfsa_ehomp/default/table?lang=de; Zugriff am: 08.09.2021

forsa (forsa Politik- und Sozialforschung GmbH) (2020): Homeschooling in Corona-Zeiten. Erfahrungen von Eltern und Schülern. Ergebnisse einer Eltern-Kind-Befragung mit forsa.omninet. Berlin.

<https://www.dak.de/dak/download/forsa-studie-2266768.pdf>; Zugriff am: 11.08.2021

Frodermann, Corinna; Grunau, Philipp; Hass, Georg-Christoph; Müller, Dana (2021): Homeoffice in Zeiten von Corona. Nutzung, Hindernisse und Zukunftswünsche. In: IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.): IAB-Kurzbericht 5/2021, Nürnberg. <http://doku.iab.de/kurzber/2021/kb2021-05.pdf>; Zugriff am: 27.08.2021

Greiner, Wolfgang; Witte, Julian; Batram, Manuel; Hasemann, Lena (2021): Corona-Pandemie. Folgen für die Krankenhausversorgung von Kindern und Jugendlichen in NRW.

<https://www.dak.de/dak/download/presentation-2425496.pdf>; Zugriff am: 11.08.2021

Günster, Christian; Drogan, Dagmar; Hentschker, Corinna; Klauber, Jürgen; Malzahn, Jürgen; Schillinger, Gerhard; Mostert, Carina (2020): WIdO-Report: Entwicklung der Krankenhausfallzahlen während des Coronavirus-Lockdowns. Nach ICD-Diagnosekapiteln und ausgewählten Behandlungsanlässen. Berlin. https://www.aok-bv.de/imperia/md/aokbv/hintergrund/dossier/krankenhaus/wido-report_fz-entwicklung_lockdown.pdf; Zugriff am 24.08.2021

Hamann, Silke; Kropp, Per; Niebuhr, Annetrin; Roth, Duncan; Sieglén, Georg (2021): Die regionalen Arbeitsmarkteffekte der Covid-19-Pandemie. Nicht nur eine Frage der Wirtschaftsstruktur. In: IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.): IAB-Kurzbericht 14/2021, Nürnberg.

<http://doku.iab.de/kurzber/2021/kb2021-14.pdf>; Zugriff am 31.08.2021

Hawkey, Louise. C., & Cacioppo, John T. (2010). Loneliness Matters: A Theoretical and Empirical Review of Consequences and Mechanisms. *Annals of Behavioral Medicine*, 40(2), S. 218–227.

Hövermann, Andreas (2020): Soziale Lebenslagen, soziale Ungleichheit und Corona – Auswirkungen für Erwerbstätige. Eine Auswertung der HBS-Erwerbstätigenbefragung im April 2020. In: WSI (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung) (Hrsg.): WSI-Policy Brief Nr. 44, Juni 2020, Düsseldorf. https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_pb_44_2020.pdf; Zugriff am: 03.08.2020

Huxhold, Oliver; Engstler, Heribert (2019): Soziale Isolation und Einsamkeit bei Frauen und Männern im Verlauf der zweiten Lebenshälfte. In: Claudia Vogel; Markus Wettstein, Clemens Tesch-Römer (Hrsg.): Frauen und Männer in der zweiten Lebenshälfte. Älterwerden im sozialen Wandel. Wiesbaden, S. 71–89;

<https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2F978-3-658-25079-9.pdf>; Zugriff am: 24.08.2021

Huxhold, Oliver; Tesch-Römer, Clemens (2021): Einsamkeit steigt in der Corona-Pandemie bei Menschen im mittleren und hohen Erwachsenenalter gleichermaßen deutlich. In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA) (Hrsg.): dza aktuell 04/2021, Berlin, S. 1–16;

https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/DZA_Aktuell/DZAAktuell_Einsamkeit_in_der_Corona-Pandemie.pdf; Zugriff am: 11.08.2021

IT.NRW (Information und Technik Nordrhein-Westfalen) (2021a) Berufsbildungsstatistik: Auszubildende mit neuen abgeschlossenen Ausbildungsverträgen nach Ausbildungsbereichen (6), Geschlecht und Nationalität. (Landesdatenbank NRW <https://www.landesdatenbank.nrw.de/>; Tabelle 21211-04), Zugriff am: 30.08.2021

IT.NRW (Information und Technik Nordrhein-Westfalen) (2021b): NRW-Hochschulen: 22,2 Prozent weniger Studienanfänger aus dem Ausland. Im Wintersemester 2020/21 waren an den nordrhein-westfälischen Hochschulen 770 434 Studierende eingeschrieben. Pressemitteilung Montag, 19. Juli 2021; Düsseldorf. <https://www.it.nrw/nrw-hochschulen-222-prozent-weniger-studienanfanger-aus-dem-ausland-104247>; Zugriff am: 30.08.2021

IT.NRW (Information und Technik Nordrhein-Westfalen) (2021c): NRW: Unternehmensinsolvenzen im 1. Quartal 2021 um 18,8 Prozent gesunken – Verbraucherinsolvenzen um 43,7 Prozent gestiegen. Pressemitteilung Montag, 8. Juni 2021; Düsseldorf. <https://www.it.nrw/nrw-unternehmensinsolvenzen-im-1-quartal-2021-um-188-prozent-gesunken-verbraucherinsolvenzen-um-437>; Zugriff am: 03.09.2021

IT.NRW (Information und Technik Nordrhein-Westfalen) (Hrsg.) (2021d): 2020 wurden in NRW 9,3 Prozent mehr Fälle zur Einschätzung bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung bearbeitet als 2019. Pressemitteilung vom 26.07.2021; <https://www.it.nrw/node/104310/pdf>; Zugriff am: 11.08.2021

KIT (Karlsruher Institut für Technologie) (2021): Körperliche Aktivität von Kindern und Jugendlichen im zweiten Lockdown deutlich verringert. Pressemitteilung vom 27.04.2021; <https://idw-online.de/de/news767574>; Zugriff am: 11.08.2021

Kohlrausch, Bettina; Zucco, Aline; Hövermann, Andreas (2020): Verteilungsbericht 2020. Die Einkommensungleichheit wird durch die Corona-Krise noch weiter verstärkt. In: WSI (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung) (Hrsg.): WSI Report Nr. 62, November 2020. Düsseldorf. https://www.wsi.de/fpdf/HBS-007903/p_wsi_report_62_2020.pdf; Zugriff am: 03.09.2021

Kohlrausch, Bettina; Zucco, Aline (2020): Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt. Weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit. In: WSI (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung) (Hrsg.): WSI-Policy Brief Nr. 40, April 2020, Düsseldorf. https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-007676; Zugriff am: 02.09.2021.

Kortmann, Lisa; Hagen, Christine; Endter, Cordula; Riesch, Julia; Tesch-Römer, Clemens (2021): Internetnutzung von Menschen in der zweiten Lebenshälfte während der Corona-Pandemie: Soziale Ungleichheiten bleiben bestehen. In: DZA (Deutsches Zentrum für Altersfragen) (Hrsg.): dza aktuell 05/2021, Berlin, S. 1–21; https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/DZA_Aktuell/DZA-Aktuell_05_2021_Internetnutzung.pdf; Zugriff am: 11.08.2021

Luhmann, Maike; Bücken, Susanne (Hrsg.) (2019): Einsamkeit und soziale Isolation im hohen Alter. Bochum. http://www.pml.psy.rub.de/mam/content/abschlussbericht_einsamkeit_im_hohen_alter_onlineversion.pdf; Zugriff am: 11.08.2021

MAGS (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen) (Hrsg.) (2020): Sozialbericht NRW 2020. Düsseldorf. https://broschuerenservice.mags.nrw/mags/shop/Sozialbericht_NRW_2020/0; Zugriff am: 30.08.2021

Pusch, Toralf; Seifert, Hartmut (2021): Kurzarbeit – Mehr als eine Beschäftigungsbrücke. In: WSI (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung) (Hrsg.): WSI-Policy Brief Nr. 53, März 2021. Düsseldorf. https://www.wsi.de/fpdf/HBS-007987/p_wsi_pb_53_2021.pdf; Zugriff am: 03.09.2021

RKI (Robert Koch-Institut) (Hrsg.) (2020a): Gesundheitliche Lage der Bevölkerung zu Beginn der COVID-19-Pandemie. In: Journal of Health Monitoring. 4/2020, Berlin. https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsJ/JoHM_04_2020_Gesundheitliche_Lage_COVID-19.pdf?__blob=publicationFile; Zugriff am: 11.08.2021

RKI (Robert Koch-Institut) (Hrsg.) (2020b): Informationen und Hilfestellungen für Personen mit einem höheren Risiko für einen schweren COVID-19-Krankheitsverlauf. Berlin. https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Risikogruppen.html; Zugriff am: 11.08.2021

Statistisches Bundesamt (2021a): Verdienste und Verdienstunterschiede nach Branchen 2020. Wiesbaden. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Verdienste-Verdienstunterschiede/verdienste-branchen.html>; Zugriff am; 25.08.2021

Statistisches Bundesamt (2021b): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort am 30.06. des Jahres. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabellen/insgesamt.html>; Zugriff am 01.09.2021

Statistisches Bundesamt (2021c): Ausbildungsverträge: Deutschland, Jahre, Geschlecht, Schulabschluss. (Datenbank Genesis online <https://www-genesis.destatis.de/>; Tabelle 21211-0006), Zugriff am: 30.08.2021

Statistisches Bundesamt (2021d): Zahl der neuen Ausbildungsverträge im Jahr 2020 um 9,4 % gesunken. Corona-Krise hat deutlichen Einfluss auf den Ausbildungsmarkt. Pressemitteilung Nr. 187 vom 14. April 2021; Wiesbaden. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/04/PD21_187_212.html; Zugriff am: 30.08.2021

Stürz, Roland A.; Stumpf, Christian; Mendel, Ulrike; Harnhoff, Dietmar (2020): Digitalisierung durch Corona? Verbreitung und Akzeptanz von Homeoffice in Deutschland: Ergebnisse zweier bidt-Kurzbefragungen. In: bidt (Bayerisches Forschungsinstitut für Digitale Transformation) (Hrsg.): Analysen und Studien Nr. 3, München. https://www.bidt.digital/wp-content/uploads/2020/09/bidt_Studie-Homeoffice-II.pdf; Zugriff am: 27.08.2021

Technische Universität München (2021): Studie zu Ernährung und Bewegung seit Beginn der Corona-Pandemie vorgestellt: „Corona befeuert eine andere Pandemie“. Pressemitteilung von 02.06.2021, München. <https://www.tum.de/nc/die-tum/aktuelles/pressemitteilungen/details/36713/>; Zugriff am: 11.08.2021

Traus, Anna; Höffken, Katharina; Thomas, Severine; Mangold, Katharina; Schröer, Wolfgang (2020): Stu.di.Co. – Studieren digital in Zeiten von Corona. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie Stu.di.Co. Universitätsverlag Hildesheim. https://hildok.bsz-bw.de/files/1157/Thomas_Stu.di.Co.pdf; Zugriff am: 11.08.2021

Unger, Valentin; Krämer, Yoka; Wacker, Albrecht (2020): Unterricht während der Corona-Pandemie. Ein Vergleich von Schülereinschätzungen aus Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen im Kontext sozialer Heterogenität. In: Heinrich, Martin; Klewin, Gabriele; Streblo Lilian (Hrsg.): Zeitschrift für Schul- und Professionsentwicklung. Band 2, Nr. 6, Bielefeld, 2(6), S. 84-99; <https://www.pflb-journal.de/index.php/pflb/article/view/3907>; Zugriff am: 27.08.2021

UKE (Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf) (2021): COPSYS-Studie: Kinder und Jugendliche leiden psychisch weiterhin stark unter Corona-Pandemie. Pressemitteilung vom 10.02.2021; https://www.uke.de/allgemein/presse/pressemitteilungen/detailseite_104081.html; Zugriff am: 11.08.2021

Wahrendorf, Morten; Rupprecht, Christoph J.; Dortmann, Olga; Scheider, Maria; Dragano, Nico (2021): Erhöhtes Risiko eines COVID-19-bedingten Krankenhausaufenthaltes für Arbeitslose: Eine Analyse von Krankenkassendaten von 1,28 Mio. Versicherten in Deutschland. In: Bundesgesundheitsblatt Nr. 64, S. 314–321. <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s00103-021-03280-6.pdf>; Zugriff am: 11.08.2021

Wildemann, Anja; Hosenfeld, Ingmar (2020): Bundesweite Elternbefragung zu Homeschooling während der Covid-19-Pandemie. Erkenntnisse zur Umsetzung des Homeschoolings in Deutschland. Landau. https://www.zepf.eu/wp-content/uploads/2020/06/Bericht_HOMEschooling2020.pdf; Zugriff am: 27.08.2021

WZB (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) (Hrsg.) (2020): Corona-Alltag. Version 1.0.0; <https://doi.org/10.7802/2042>. Abruf am: 29.06.2021

Zinn, Sabine; Kreyenfeld, Michaela; Bayer, Michael (2020): Kinderbetreuung in Corona-Zeiten: Mütter tragen die Hauptlast, aber Väter holen auf. In: DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) (Hrsg.): DIW Aktuell, Nr. 51, Juli 2020, Berlin. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.794303.de/diw_aktuell_51.pdf; Zugriff am: 02.09.2021

Zoch, Gundula; Bächmann; Ann-Christin; Vicari, Basha (2020): Kinderbetreuung in der Corona-Krise: Wer betreut, wenn Schulen und Kitas schließen? In: Leibniz-Institut für Bildungsverläufe e.V. (Hrsg.): NEPS Corona & Bildung, Bericht Nr. 3, Bamberg. https://www.lifbi.de/Portals/13/Corona/NEPS_Corona-und-Bildung_Bericht_3-Kinderbetreuung.pdf?ver=cG1QEP_NrmvYukreWg5zw%3D%3D; Zugriff am: 02.09.2021

Düsseldorf, November 2021
Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW)
Statistisches Landesamt

Im Auftrag des
Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales

**Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen**



Herausgeber

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Fürstenwall 25
40219 Düsseldorf
info@mags.nrw.de
www.mags.nrw

© MAGS, November 2021

